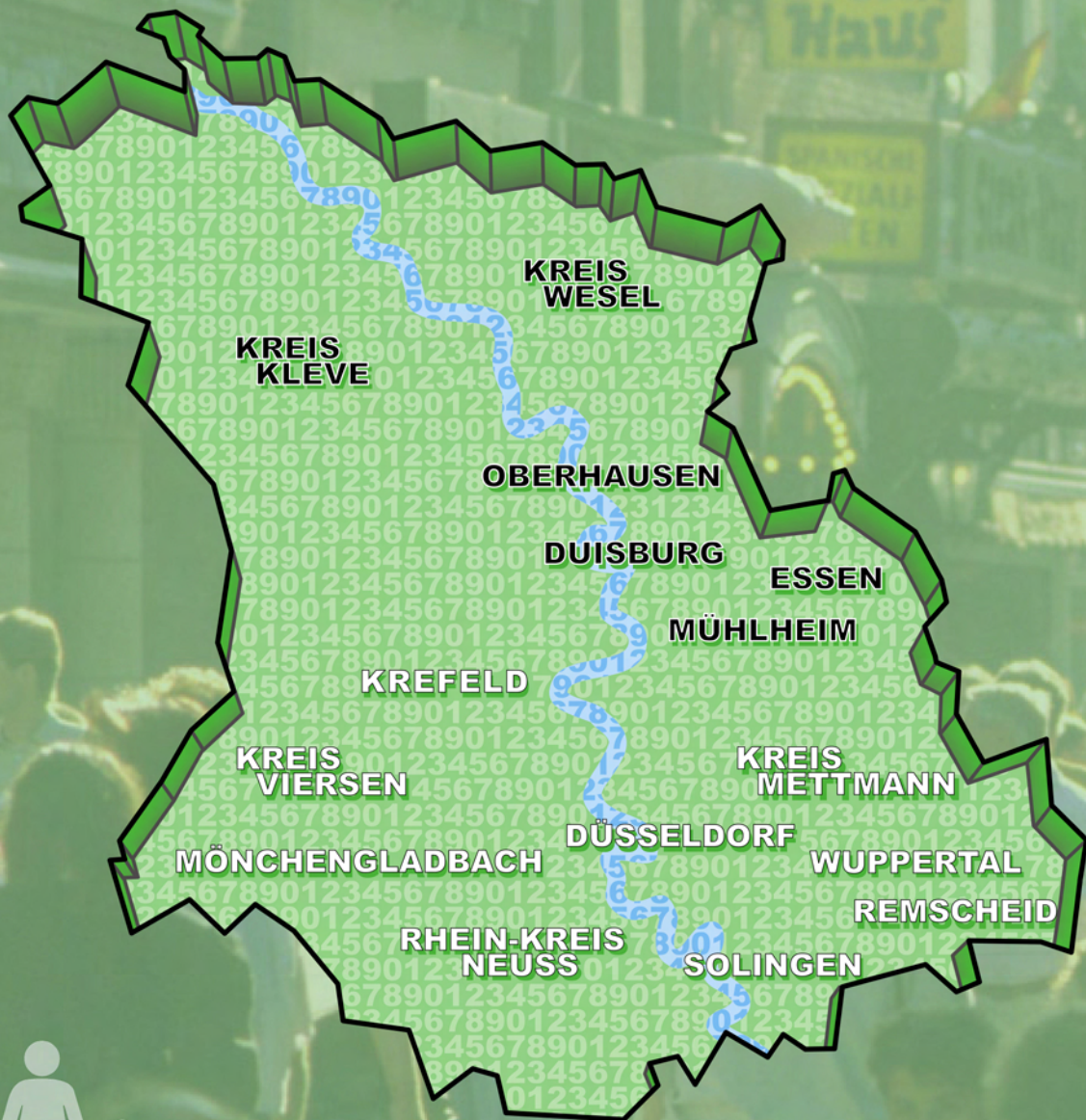


# Datenmosaik

# 2004



**Die regionale Bevölkerungsentwicklung  
2002 bis 2020 sowie die Flächen- und  
Arbeitsmarktentwicklung im „Westlichen Ruhrgebiet“**

# Datenmosaik 2004

**Die regionale Bevölkerungsentwicklung 2002 bis 2020 sowie die Flächen- und Arbeitsmarktentwicklung im "Westlichen Ruhrgebiet"**

**17. Ausgabe, November 2004**

Herausgegeben von der Bezirksregierung Düsseldorf  
Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf

Telefon 0211/ 475 - 2367  
Telefax 0211/ 475 - 2300

E-Mail: [elfriede.fankideiski-koenig@brd.nrw.de](mailto:elfriede.fankideiski-koenig@brd.nrw.de)  
<http://www.brd.nrw.de>

---

Veröffentlichungen der Bezirksregierung:

Reihe: *Datenmosaik*

- |                     |   |                  |
|---------------------|---|------------------|
| <b>1. Ausgabe:</b>  | <i>Datenmosaik</i> - Strukturen und Tendenzen im Regierungsbezirk Düsseldorf  | <b>-1995-</b>    |
| <b>2. Ausgabe:</b>  | <i>Datenmosaik</i> - Von der Stadt in das Umland: Der räumliche Strukturwandel im Regierungsbezirk  | <b>-1995-</b>    |
| <b>3. Ausgabe:</b>  | <i>Datenmosaik</i> - Strukturen und Tendenzen im Regierungsbezirk Düsseldorf<br>- Kurzfassung -   | <b>-1996-</b>    |
| <b>4. Ausgabe:</b>  | <i>Datenmosaik</i> - Arbeitsplatzentwicklung im Regierungsbezirk Düsseldorf<br>1993 - 1995  | <b>-1996-</b>    |
| <b>5. Ausgabe:</b>  | <i>Datenmosaik</i> – Gefährden Bürokraten den Produktionsstandort an Rhein und Ruhr?<br>Bilanz der Dauer von Genehmigungsverfahren  | <b>-1997/98-</b> |
| <b>6. Ausgabe:</b>  | <i>Datenmosaik</i> - Strukturen und Tendenzen im Regierungsbezirk Düsseldorf  | <b>-1997-</b>    |
| <b>7. Ausgabe:</b>  | <i>Datenmosaik</i> - Strukturanalyse: Wirtschaft im Regierungsbezirk Düsseldorf   | <b>-1997-</b>    |
| <b>8. Ausgabe:</b>  | <i>Datenmosaik</i> - Job-Maschine Multimedia? Beschäftigungseffekte und Umsatzentwicklung im Regierungsbezirk Düsseldorf  | <b>-1999-</b>    |
| <b>9. Ausgabe:</b>  | <i>Datenmosaik</i> - Job-Maschine Multimedia? Möglichkeiten der Qualifizierung und Förderung im Regierungsbezirk Düsseldorf   | <b>-1999-</b>    |
| <b>10. Ausgabe:</b> | <i>Datenmosaik</i> - Vergleichsdaten der Städte und Gemeinden im Regierungsbezirk Düsseldorf  | <b>-1999-</b>    |
| <b>11. Ausgabe:</b> | <i>Datenmosaik</i> - Bevölkerungsentwicklung im Ruhrgebiet 1987/98 unter Berücksichtigung des angrenzenden Raumes und Beschäftigungswandel zu höherer Qualifikation 1980/98 im Teilraum „Westliches Ruhrgebiet“ (DU,E,MH,OB). - | <b>-2000-</b>    |
| <b>12. Ausgabe:</b> | <i>Datenmosaik</i> - Bevölkerungsentwicklung 1987/1998 im Regierungsbezirk Düsseldorf   | <b>-2000-</b>    |
| <b>13. Ausgabe:</b> | <i>Datenmosaik</i> - Vorausschätzung der Bevölkerung 1999 bis 2015 in den kreisfreien Städten und Kreisen des Regierungsbezirks Düsseldorf  | <b>-2000-</b>    |
| <b>14. Ausgabe:</b> | <i>Datenmosaik</i> - Arbeitsmarktentwicklung im Regierungsbezirk Düsseldorf<br>1995 - 1999/2000   | <b>-2000-</b>    |
| <b>15. Ausgabe:</b> | <i>Datenmosaik</i> – ERP – European Region of Power<br>oder: ein starkes Stück Europa   | <b>-2002-</b>    |
| <b>16. Ausgabe:</b> | <i>Datenmosaik</i> – Bevölkerungsentwicklung in der Rhein-Ruhr-Region   | <b>-2003-</b>    |
| <b>17. Ausgabe:</b> | <i>Datenmosaik</i> – Die regionale Bevölkerungsentwicklung 2002 bis 2020 sowie die Flächen- und Arbeitsmarktentwicklung im "Westlichen Ruhrgebiet"  | <b>-2004-</b>    |

---

## INHALT

# Die regionale Bevölkerungsentwicklung 2002 bis 2020 sowie die Flächen- und Arbeitsmarktentwicklung im "Westlichen Ruhrgebiet"

Zusammenfassung	Seite
<b>0. Aufriss</b>	<b>1</b>
<b>1. Allgemeine Aussagen für den Regierungsbezirk Düsseldorf</b>	<b>2</b>
<b>2. Exemplarische Darstellung der regionalen Entwicklung</b>	<b>3</b>
<b>2.1 „Westliches Ruhrgebiet“</b>	<b>3</b>
<b>2.2 Essen</b>	<b>5</b>
<b>2.3 Mülheim an der Ruhr</b>	<b>6</b>
<b>2.4 Oberhausen</b>	<b>7</b>
<b>2.5 Duisburg</b>	<b>8</b>
<b>2.6 Kreis Wesel</b>	<b>8</b>
<b>2.7 Kreis Kleve</b>	<b>9</b>
<b>3. Flächenentwicklung am Beispiel des „Westlichen Ruhrgebietes“ und des Kreises Kleve</b>	<b>11</b>
<b>3.1 ASB-Reserven (Wohnen) im GEP 99</b>	<b>11</b>
<b>3.2 GIB-Reserven (Arbeiten) im GEP 99</b>	<b>14</b>
<b>3.3 GEP-Änderungen seit 1999 für Siedlungsbereichsdarstellungen</b>	<b>15</b>
<b>4. Folgen für den Arbeitsmarkt</b>	<b>17</b>
<b>5. Ausblick</b>	<b>23</b>
<b>Verzeichnis der Grafiken und Tabellen im Text</b>	<b>24</b>
<b>Anhang</b>	<b>25</b>

Das *Datenmosaik* wurde erstellt durch das Statistik-Team der Bezirksregierung Düsseldorf (Dezernat 61) und Dezernat 62 (Kapitel 3):

### Dezernat 61

Frau Oberregierungsrätin	Elfriede Fankideiski-König
Frau Regierungsangestellte	Ilona Adam
Herr Regierungsangestellter	Gerhard Cramer
Herr Regierungsbauamtsrat	Klaus M. Schlaeger
Herr Regierungsbauamtsrat	Rolf Wehrenberg
Herr Regierungsangestellter	Mike Feckes (Kartografie)

### Dezernat 62

Herr Regierungsdirektor	Münch
Her Regierungsbauamtsrat	Schneiders

Mit Unterstützung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW (Bevölkerungsprognose 2002/2020) sowie der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion NRW.

Die Verfasser danken den Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agenturen für Arbeit Essen, Duisburg und Oberhausen sowie dem Leiter des Pressebüros der Agentur für Arbeit Wesel für Ihre Unterstützung. Auch den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Arbeitsagenturen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

- Nutzungsrechten des Bildes des Einbandes siehe <http://www.duesseldorf.de/touristik/bildarchiv/nutzung.shtml>

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers

# Regierungsbezirk Düsseldorf



---

## Zusammenfassung

Dieses *Datenmosaik* nimmt die „Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2002 bis 2020“ des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW) als Anlass, um die zukünftige Bevölkerungsentwicklung im „Westlichen Ruhrgebiet“ mit den kreisfreien Städten Mülheim an der Ruhr, Essen, Oberhausen, Duisburg und dem Kreis Wesel sowie im Kreis Kleve als „Gewinnerregion“ der Bevölkerungsprognose darzustellen. Mögliche Konsequenzen der demographischen Entwicklung werden am Beispiel des Arbeitsmarktes im „Westlichen Ruhrgebiet“ erläutert. Zugleich wird der Bogen von der Wohnbau- und Gewerbeflächenerhebung zum 01.01.2003 zur Einschätzung der künftigen Flächenentwicklung geschlagen.

Generell lässt sich feststellen, dass die **Einwohnerentwicklung** in den kreisfreien Städten des „Westlichen Ruhrgebiets“ auch zukünftig schlechter ist als im Kreis Wesel. Die höchsten Einwohnerverluste werden mit einem Minus von 64.000 bzw. 10,8 Prozent für die Stadt Essen erwartet. Demgegenüber dürfte der Kreis Wesel nur 4.000 bzw. Minus 0,9 Prozent Einwohner verlieren.

Die Überalterung der kreisfreien Städte des „Westlichen Ruhrgebiets“ tritt so deutlich in Erscheinung, dass man bereits von einem „Wegsterben der Älteren“ bei gleichzeitig stark vermindertem Nachwachsen jüngerer Einwohner sprechen muss. Die „älteste“ Stadt im Regierungsbezirk ist Mülheim an der Ruhr, deren Altersdurchschnitt bereits jetzt bei 44,1 Jahren liegt.

Die Kreise Wesel und Kleve befinden sich hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung in einer Umbruchsituation. Durch Wanderungsgewinne in der Vergangenheit verfügten die Kreise bislang zwar über eine recht ausgeglichene Altersstruktur. Zukünftig ist jedoch ganz eklatant mit einer „Seniorisierung“ beider Kreise zu rechnen, da die ältere Bevölkerung über 65 Jahre bis zum Jahr 2020 um knapp 35 bzw. knapp 41 Prozent ansteigen wird.

Die **Bauleistung** in Wohneinheiten je 1000 Einwohner (WE/1000 Einwohner) im Zeitraum 1995 bis 2002 war in Mülheim an der Ruhr sowie in den Kreisen Wesel und Kleve hoch. Die stärkste Bauleistung des Regierungsbezirks lag mit 47WE/1000 Einwohner im Kreis Kleve, der allerdings zugleich die höchste Belegungsdichte mit 2,66 Einwohnern je WE im Regierungsbezirk Düsseldorf aufweist.

Für die Zukunft werden sich Wohnungsbedarf und ermittelte Reserven im „Westlichen Ruhrgebiet“ zuzüglich des Kreises Kleve in etwa entsprechen. Trotz abnehmender Bevölkerung spielen zwei Faktoren bei der Ermittlung des Wohnungsbedarfs eine wichtige Rolle: Die weitere Singularisierung der Haushalte sowie die Wohnungsabgänge, bspw. durch den Abriss von Häusern oder der Zusammenlegung von Wohnungen.

Die Inanspruchnahme von **gewerblichen Bauflächen** zeigt, dass in den kreisfreien Städten des „Westlichen Ruhrgebiets“ mehr gewerbliche Bauflächenreserven zur Verfügung stehen als im Kreis Wesel. Die Verbrauchszahlen beweisen, dass die kreisfreien Städte von ihrer Attraktivität und den Führungsvorteilen profitieren. Der vergleichsweise hohe Verbrauch gewerblicher Bauflächen im Kreis Kleve ist zum großen Teil durch die Aufbreitung und Vermarktung regionaler Produkte bestimmt, einen weiteren Anteil daran hat die Kiesaufbereitung. Bis zum Jahr 2020 wird mit dem vorhandenen Reservepotenzial der notwendige Handlungsspielraum im „Westlichen Ruhrgebiet“ abgesichert sein.

Die planerischen Mittel für eine ausgewogene Verteilung gewerblicher Bauflächenreserven sind installiert. Außerplanerische Faktoren wie der Rückgang der Montanindustrie oder das Bodenpreisgefälle können dadurch natürlich nicht aufgehoben werden.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die **Gebietsentwicklungsplanung der Suburbanisierung** nachweislich **aktiv entgegensteuert**. Vorrangig ist dabei eindeutig die Umnutzung von Brachflächen im Bestand vor der Inanspruchnahme von Freiflächen.

Eine **längerfristige Schätzung der Arbeitsmarktentwicklung** ist mit Problemen verbunden. Neben der demografischen Entwicklung können weitere Faktoren wie die wirtschaftliche bzw. konjunkturelle Entwicklung, die Zunahme von „400-Euro-Jobs“ oder exogene Schocks (Ölkrise, Kriege etc.) die Beschäftigungsentwicklung beeinflussen. Trotz dieser Unwägbarkeiten rechnen die Experten der Agenturen für Arbeit im „Westlichen Ruhrgebiet“ durchaus mit Chancen durch die demografische Entwicklung. Allerdings erwarten sie auch eine Verstärkung des mismatches, der Schere zwischen Arbeitsangebot und –nachfrage. Gut Qualifizierte, auch Ältere, dürften eine verbesserte Arbeitsmarktsituation vorfinden. Für Personen mit Vermittlungshemmnissen, hier wurden in erster Linie Sprachdefizite genannt – wird sich allerdings, so die übereinstimmende Einschätzung der Experten, die Situation weiter verschärfen. Dies trifft auch auf den Ausbildungsmarkt zu.

Diese Entwicklung dürfte vor allem Handwerksbetriebe mit weniger „begehrten“ Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsgängen treffen: Für sie wird die Suche nach geeigneten Fachkräften (noch) problematischer werden.

**Fazit:** Die Regionalplanung hat in der Vergangenheit immer wieder auf die Probleme hingewiesen, die mit einer zunehmenden Suburbanisierung bei sinkender Bevölkerungszahl verbunden sind. Durch die Gebietsentwicklungsplanung wurden und werden erfolgreich Weichen zur Verhinderung der Stadt-Umland-Wanderung gestellt. Allerdings hat ein Teil der kreisfreien Städte des „Westlichen Ruhrgebiets“ in der Vergangenheit nicht genug getan, um seine Einwohner zu halten.

Und heute? Die demografische Entwicklung kann nicht aufgehalten werden. Aber: Echte Kooperationen anstelle bloßer Lippenbekenntnisse, das Weiterführen und Erweitern vorhandener gemeinsamer Lösungsansätze sowie ein regionaler Mut zum Rückzug aus der Fläche würden helfen!

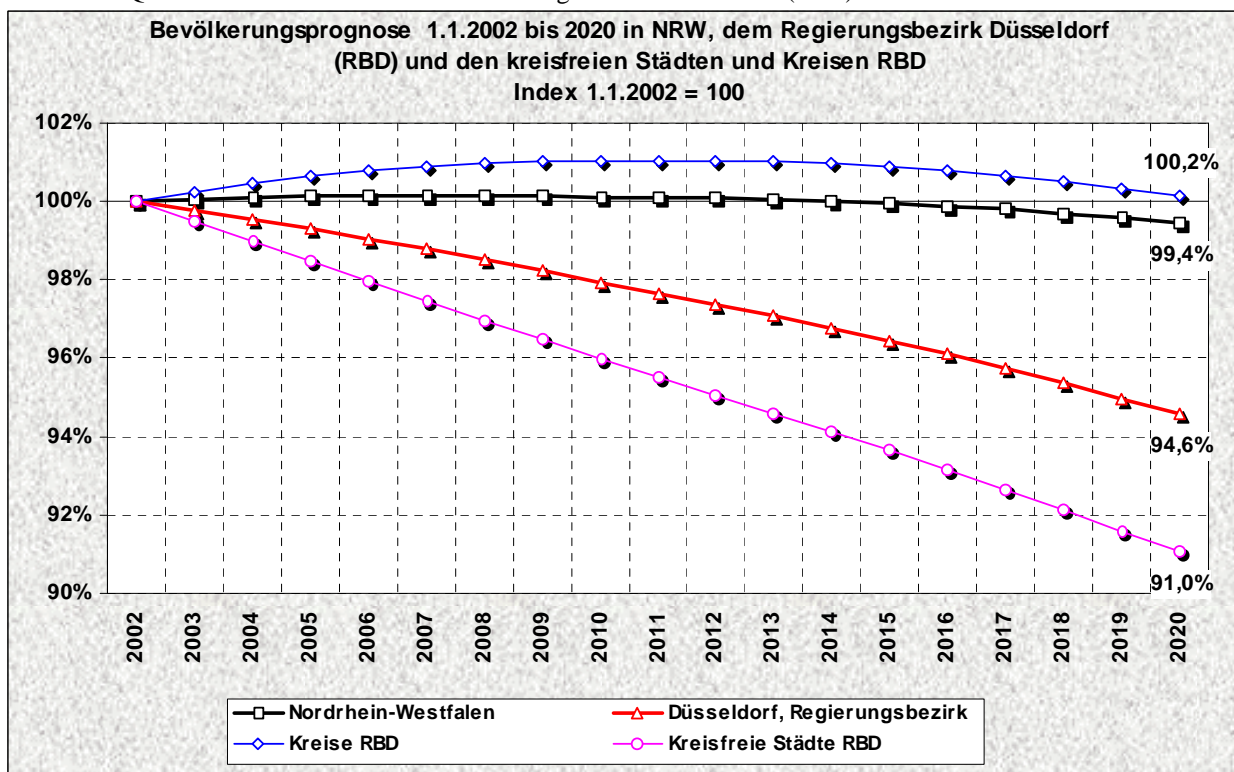
## 0 Aufriss

„Deutsche werden weniger“, „Wir sterben aus“ – das Thema der demografischen Entwicklung füllt die Gazetten und Magazine. Die Bezirksregierung Düsseldorf beschäftigt sich bereits seit längerem mit der Bevölkerungsentwicklung und den daraus resultierenden Folgen. Nach dem *Datenmosaik 2003* „Bevölkerungsentwicklung in der Region Rhein-Ruhr“ dient die „Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2002-2020/2040“ des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW) als Anlass, um die Aussagen für den Regierungsbezirk Düsseldorf und die Verflechtungsregion „Westliches Ruhrgebiet“ am Beispiel möglicher Konsequenzen für den Arbeitsmarkt exemplarisch zu beleuchten<sup>3</sup>

Des weiteren wird der einzige „Gewinner“ der Bevölkerungsprognose im Regierungsbezirk Düsseldorf, Kreis Kleve, dargestellt und seine Wanderungsbeziehungen mit den kreisfreien Städten des „Westlichen Ruhrgebiets“ beleuchtet. So soll der Frage nachgegangen werden, ob diese Städte tatsächlich einen hohen Rückgang der Bevölkerung durch Wegzug erleben, wie vielfach behauptet.

In diesem Zusammenhang werden noch einmal die Ergebnisse der Wohnbau- und Gewerbeflächenerhebung zum 01.01.2003 für diese Region dargestellt und die zukünftige Flächenentwicklung eingeschätzt.

**Grafik 1** Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS)



<sup>3</sup> Im folgenden wird der Einfachheit halber von *Bevölkerungsprognose* gesprochen, auch wenn dies fachlich unscharf erschienen mag und es sich bei der Vorausberechnung nicht um eine Prognose mit dem Anspruch eines gesicherten Eintreffens als vielmehr um eine „Wenn-Dann-Aussage“ handelt. Vgl. hierzu auch: Nockemann, U.; in: Statistische Analysen und Studien, Band 14, LDS NRW 2004. Zu den Annahmen der Vorausberechnung sei an dieser Stelle auf die Ausführungen des LDS in „Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2002-2020/2040“ verwiesen.



## 1. Allgemeine Aussagen für den Regierungsbezirk Düsseldorf

Die Graphik 1 veranschaulicht die im Vergleich zu Gesamt NRW deutlich schlechtere Bevölkerungsentwicklung im Regierungsbezirk Düsseldorf. Während die Bevölkerung von NRW bis zum Jahr 2020 voraussichtlich lediglich um 0,6 Prozent<sup>4</sup> abnehmen wird, beträgt der lineare Bevölkerungsrückgang im Regierungsbezirk Düsseldorf 5,4 Prozent. Bei einer Abnahme von rd. 285.000 Einwohnern (das entspricht in etwa einer Stadt in der Größenordnung Krefelds) wird der Regierungsbezirk im Jahr 2020 unter die 5 Millionen-Grenze sinken.<sup>5</sup>

Ausschlaggebend für diesen Verlust sind die Einwohnerrückgänge in den kreisfreien Städten, die bis 2020 rd. 9 Prozent verlieren werden. In den Kreisen des Regierungsbezirks ist demgegenüber noch bis 2011/2012 mit leichten Einwohnergewinnen zu rechnen. 2020 liegt die Einwohnerzahl allerdings nur noch knapp über dem Basiswert von 2002. Die Bevölkerungsentwicklung wird durch die beiden Komponenten „Natürliche Entwicklung“ und „Wanderungen“ bestimmt. Im Vergleich zur „Natürlichen Bevölkerungsbewegung“ sind Wanderungsannahmen mit einem sehr hohen Prognoserisiko behaftet.<sup>6</sup> Bis zum Jahr 2020 zeigen sich hier große regionale Unterschiede. So werden für 30 der 31 Kreise in NRW Wanderungsgewinne erwartet aber nur in 8 kreisfreien Städten<sup>7</sup>. Im Kreis Siegen-Wittgenstein wird der Sterbeüberschuss ebenso wie in den übrigen 15 kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens durch Wanderungsverluste verstärkt.

Diese dramatische Entwicklung in den kreisfreien Städten wird besonders im Ruhrgebiet deutlich. Seit längerem gilt das Ruhrgebiet als „Vorreiterregion“ im negativen Sinne.<sup>8</sup>

Unabhängig von der Diskussion, ob es „ein Ruhrgebiet“ überhaupt gibt und ob nicht – wie die Verfasser meinen – sinnvollerweise von der *Region Rhein-Ruhr* gesprochen werden sollte, stellt für den Regierungsbezirk Düsseldorf die „Verflechtungsregion „Westliches Ruhrgebiet““ mit den kreisfreien Städten Mülheim an der Ruhr, Essen, Oberhausen und Duisburg sowie dem Kreis Wesel eine wichtige Region in verschiedener Hinsicht dar. Die Verfasser sind sich der Sonderstellung des Kreises Wesel durchaus bewusst. Aufgrund der starken Verflechtungen der Pendler- und Arbeitsmarktbeziehungen sowie der Mitgliedschaft im KVR bzw. RVR wird jedoch die bislang in der Landesplanung übliche Abgrenzung beibehalten.

**Regierungsbezirk  
Düsseldorf:  
Einwohnerverluste  
höher als in NRW**

**Entwicklung in den  
kreisfreien Städten  
schlechter,  
besonders im  
Ruhrgebiet**

<sup>4</sup> Bezogen auf das Basisjahr 2002, die Einwohnerzahl NRW dürfte im Jahr 2020 dann bei 17,95 Mio. Einwohnern liegen.

<sup>5</sup> Auf rd. 4,97 Mio. Einwohner im Jahr 2020

<sup>6</sup> Vgl. Nockemann, U., a.a.O.

<sup>7</sup> Im Regierungsbezirk Düsseldorf sind dies die Städte Mönchengladbach, Mülheim und Solingen

<sup>8</sup> vgl. bspw. Prof. Paul Klemmer: „Steht das Ruhrgebiet vor einer demografischen Herausforderung?“, in: RWI-Studien; 2001

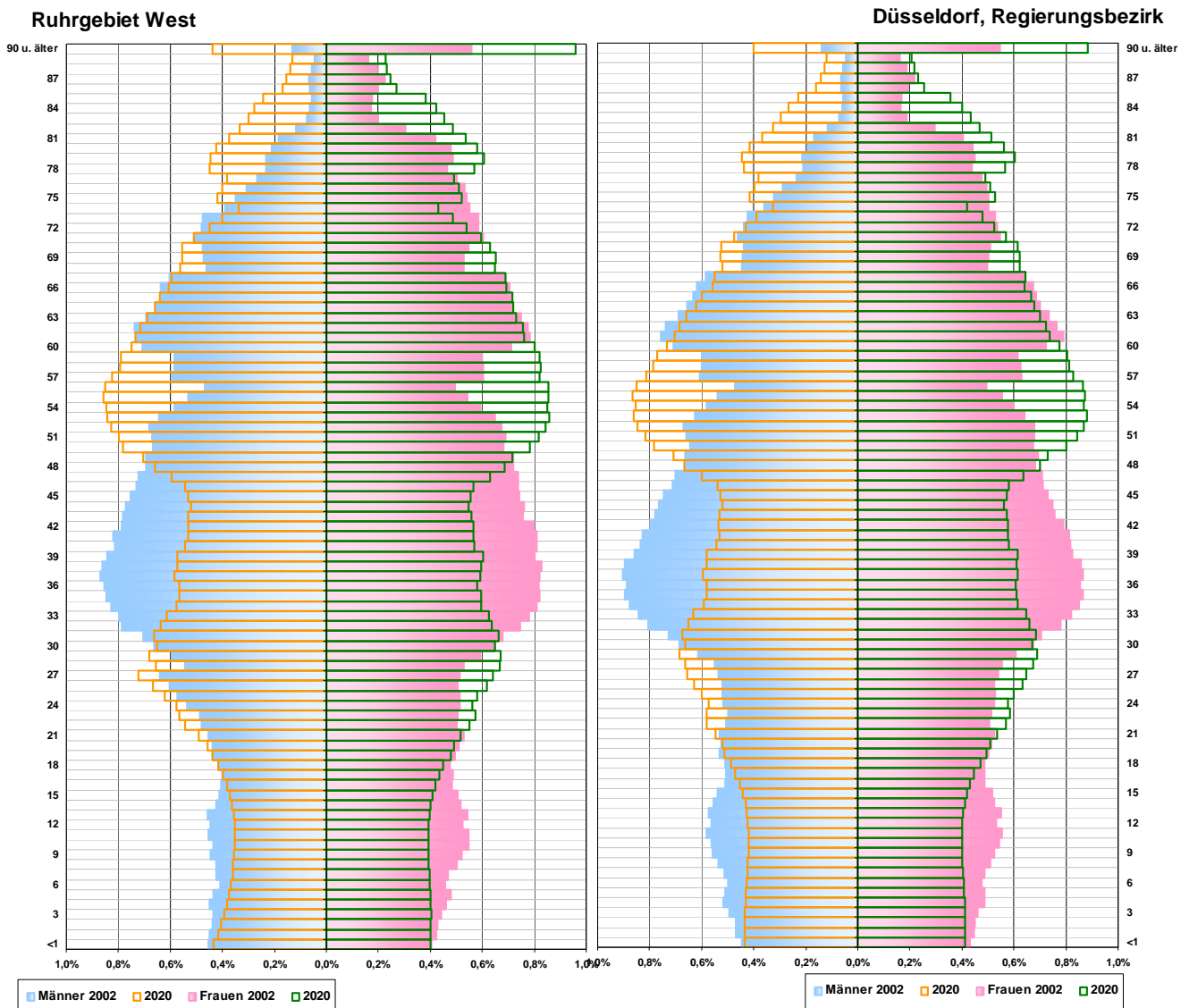
## 2. Exemplarische Darstellung der regionalen Entwicklung

### 2.1 „Westliches Ruhrgebiet“

Das „Westliche Ruhrgebiet“ mit den kreisfreien Städten Mülheim an der Ruhr, Essen, Oberhausen und Duisburg sowie dem Kreis Wesel hat einen hohen Anteil an der Entwicklung im Regierungsbezirk Düsseldorf. Die Städte verlieren Einwohner in Größenordnungen von 15.000 (Mülheim an der Ruhr) bis 64.000 (Essen). Demgegenüber liegt der Einwohnerverlust im Kreis Wesel lediglich bei 4.000. Insgesamt nimmt die Einwohnerzahl im westlichen Ruhrgebiet um 7,8 Prozent ab.<sup>9</sup>

**Grafik 2** Quelle: LDS NRW

### Lebensbaum 2002 / 2020



Hinweis: ab 90 Jahre und älter → Altersgruppen nicht in Einzeljahren verfügbar

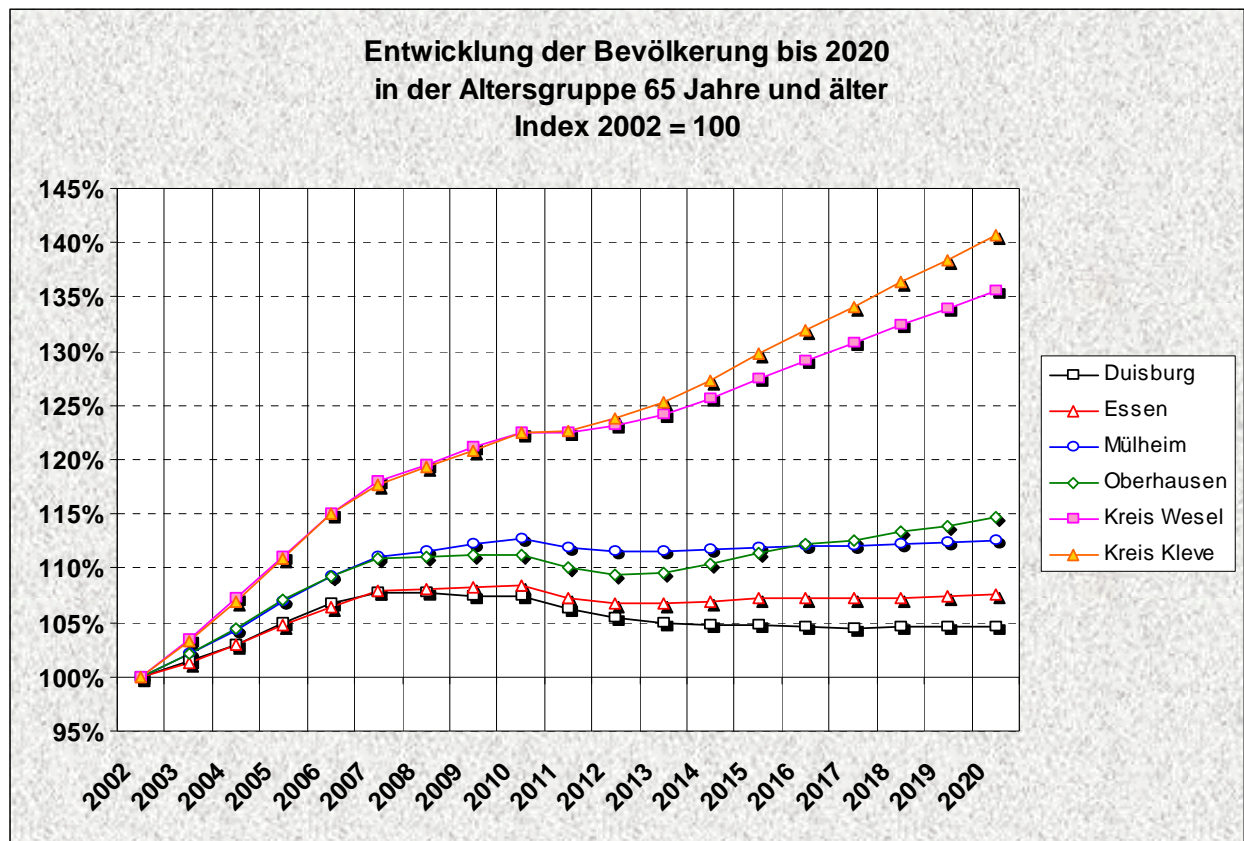
<sup>9</sup> Siehe Graphik A im Anhang

Der „Lebensbaum“ verdeutlicht den Trend „von der Tanne zur Urne“ auf anschauliche Weise. Bis auf die (noch) höhere Lebenserwartung der Frauen treten die kriegsbedingten Unterschiede allmählich in den Hintergrund. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich die Lebenserwartungen von Männern und Frauen weiter angleichen werden. Aus Kapazitätsgründen kann jedoch nicht näher auf den „gender-Aspekt“ eingegangen werden. Valide Aussagen zur Prognose der Ausländerzahlen sind durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes<sup>10</sup> leider ebenfalls nicht möglich.

## Lebensbaum: Von der Tanne zur Urne

Die Veränderung des Lebensbaums wird durch die Entwicklung der Altersgruppen noch deutlicher:<sup>11</sup>

**Grafik 3** Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS)



<sup>10</sup> Seit 1. Januar 2000 haben sich wesentliche Änderungen bei den Voraussetzungen für eine Einbürgerungen ergeben. Im Jahr 2003 lag die Zahl der Einbürgerungen in NRW um 10 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor, vgl. auch [www.im.nrw.de/aus](http://www.im.nrw.de/aus)

<sup>11</sup> Es werden 6 Altersgruppen untersucht, die markant für die Entwicklung einer Kommune sind:

- Alter bis unter 6 Jahre
- Alter 6 bis unter 16 Jahre
- Alter 16 bis unter 19 Jahre
- Alter 19 bis unter 40 Jahre
- Alter 40 bis unter 65 Jahre
- Alter 65 Jahre und älter

Für den Vergleich der Entwicklung im Westlichen Ruhrgebiet mit dem Regierungsbezirk Düsseldorf und NRW werden diese Altersgruppen zu den Gruppen 0->19 (Kinder und Jugendliche); 19->40 (jüngere Erwerbsfähige); 40->65 (ältere Erwerbsfähige) sowie über 65-Jährige (Personen im Rentenalter) zusammengefasst.

So zeigen sich im Vergleich der **Entwicklung der Altersgruppen der unter 19 Jährigen** und der **65 Jahre und älteren** Einwohner in NRW, dem Regierungsbezirk Düsseldorf (RBD), sowie dem „Ruhrgebiet West“ **deutliche Unterschiede**.

**Altersgruppen:  
deutliche  
Unterschiede in der  
Entwicklung**

Der Rückgang an unter 19-Jährigen im „Ruhrgebiet West“ (-23,3 %) ist weitaus höher als im **Land (-16,4 %)** und im **Regierungsbezirk (-21,1 %)**.<sup>12</sup> Auffällig moderater gegenüber NRW und RBD verläuft die **Entwicklung der Gruppe der 65-Jährigen und Älteren** im „Ruhrgebiet West“ (+14,1 %) gegenüber dem **Regierungsbezirk (+19,3 %) und NRW (+22,3 %)**.

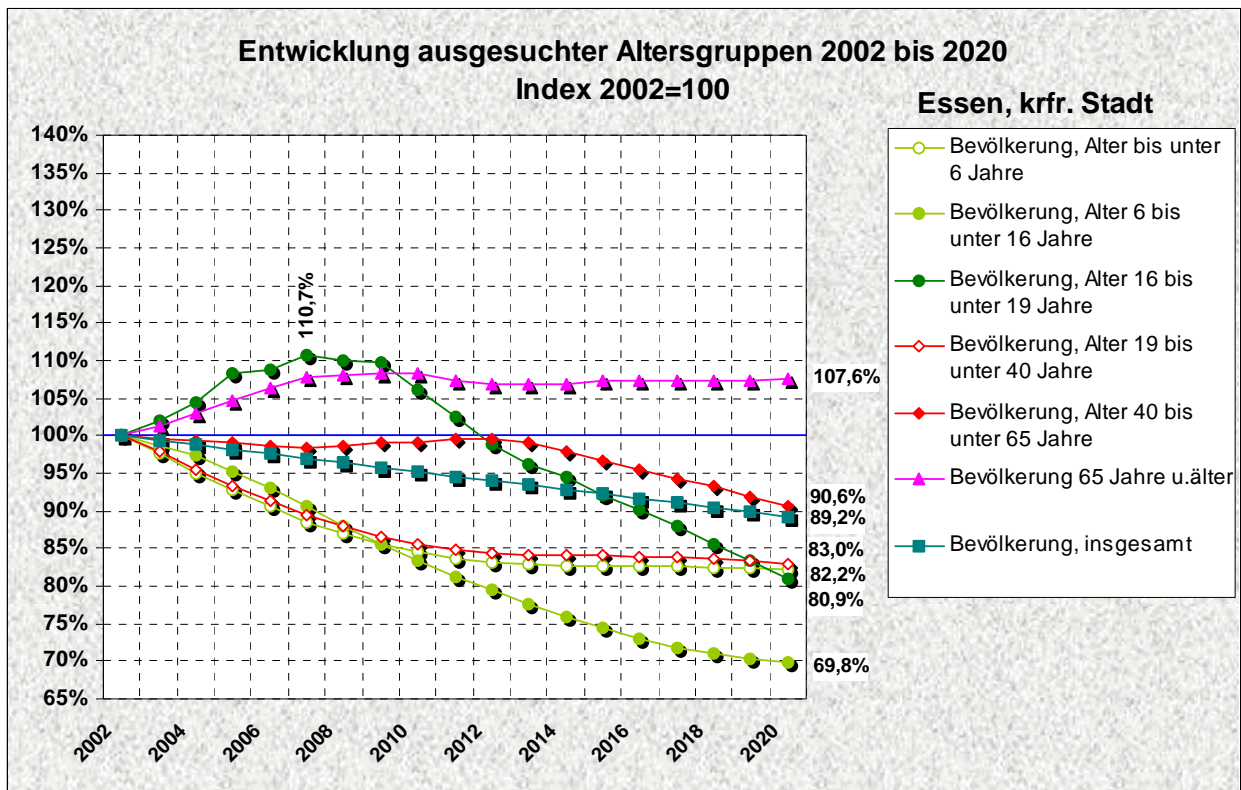
In welchen Städten des „Westlichen Ruhrgebiets“ ist die Entwicklung besonders auffällig und welche Position nimmt dabei der Kreis Wesel als „Umfeldkreis“ und Wanderungsgewinner ein?

## 2.2 Essen

Bereits seit 1992 verliert die Stadt Essen kontinuierlich Einwohner und ist in den letzten 10 Jahren von 627.000 auf ca. 589.500<sup>13</sup> Einwohner gesunken. Diese Entwicklung wird sich auch in Zukunft fortsetzen. Insgesamt weist die Stadt mit einem Minus von 10,8 Prozent bis 2020 den höchsten Einwohnerrückgang im „Westlichen Ruhrgebiet“ auf.<sup>14</sup> Bedingt wird dies vor allem durch einen erwarteten Bevölkerungsrückgang von über 30 Prozent in der Gruppe der 6 bis unter 16-Jährigen.

**Stärkster  
Einwohnerrückgang**

**Grafik 4** Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS)



<sup>12</sup> Siehe Graphik B im Anhang

<sup>13</sup> Stand 01. Januar 2004

<sup>14</sup> Für 2020 bedeutet dies einen weiteren Rückgang auf ca. 528.000 Einwohner

Auffällig ist die Entwicklung in der Altersgruppe der 16 bis unter 19jährigen. Bis 2007 erfolgt noch ein Anstieg um ca. 11 Prozent. Ab diesem Zeitpunkt geht die Zahl kontinuierlich zurück – bis 2020 sinkt der Wert gegenüber dem Basisjahr 2002 um knapp 20 Prozent. Der Rückgang bei den bis unter 6-Jährigen sowie den 19 bis unter 40jährigen verläuft moderater. Ab 2010 wird in diesen Gruppen die Bevölkerungszahl stagnieren. Demgegenüber stagniert die Zahl der älteren Erwerbsfähigen, der 40 bis unter 65-Jährigen, zunächst, um ab 2012 um 9,4 Prozent des Basiswertes bis zum Jahr 2020 abzusinken. Die Zahl der Personen im Rentenalter (ab 65 Jahre) zeigt nach anfänglich stärker steigender Tendenz eine leichte Abschwächung. Bis 2020 wird diese Personengruppe nur um 7,6 Prozent angestiegen sein – dies ist nach Duisburg der geringste Anstieg dieser Altersgruppe!

**Essen:  
Sterbeüberschüsse  
dominieren**

Wie im *Datenmosaik* 2003 „Bevölkerungsentwicklung in der Rhein-Ruhr-Region“ ausgeführt, hatte Essen in der Vergangenheit ein negatives Wanderungssaldo der deutschen Bevölkerung<sup>15</sup>. Entgegen vieler Vermutungen erfolgten die Fortzüge überwiegend in andere Ballungskernbereiche: Mit einem Wanderungsverlust von fast 4.100 Personen per Saldo sind die Fortzüge zu einem großen Teil nach Mülheim an der Ruhr erfolgt, gefolgt von Fortzügen nach Bottrop (über 2.600 Fortzüge per Saldo) sowie Oberhausen mit fast 2.200 Fortzügen.<sup>16</sup>

Die Bevölkerungsentwicklung zeigt die Folgen der überproportional hohen Tendenz zur Überalterung: Die Hochbetagten „sterben weg“.

### **2.3 Mülheim an der Ruhr**

Die Bevölkerung der Stadt Mülheim an der Ruhr wird bis 2020 voraussichtlich um 8,9 Prozent abnehmen. Ebenso wie in Essen ist vor allem der Rückgang der 6 bis unter 16-Jährigen (minus 29,5 Prozent) dafür verantwortlich. Allerdings nimmt in Mülheim an der Ruhr im Vergleich zu den anderen kreisfreien Städten die Altersgruppe der unter 6-Jährigen prozentual mit 19,2 Prozent am stärksten ab. Die Gruppe der über 65-Jährigen steigt bis zum Jahr 2020 um 12,5 Prozent an, nach Oberhausen ist dies der höchste Anstieg der kreisfreien Städte des „Westlichen Ruhrgebiets“. Bereits jetzt ist Mülheim an der Ruhr mit einem Durchschnittsalter von 44,1 Jahren die „älteste“ Stadt im Regierungsbezirk.<sup>17</sup> Zugleich fällt bei der Betrachtung der Altersgruppen auf, dass der Anteil der „Jungen Erwerbsfähigen“ ab 2007 unter den Anteil der „Älteren Erwerbsfähigen“ sinkt. In den anderen kreisfreien Städten nähern sich diese Altersgruppen zwar anteilmäßig an, der Anteil der 19 bis unter 40-Jährigen liegt dort jedoch weiterhin über dem der über 40-Jährigen. Dies kann als Indiz für mögliche drohende Probleme auf dem Arbeitsmarkt gewertet werden. In Kapitel 4 wird dieses Thema näher beleuchtet.

**Mülheim  
an der Ruhr:  
„älteste“ Stadt im  
Regierungsbezirk**

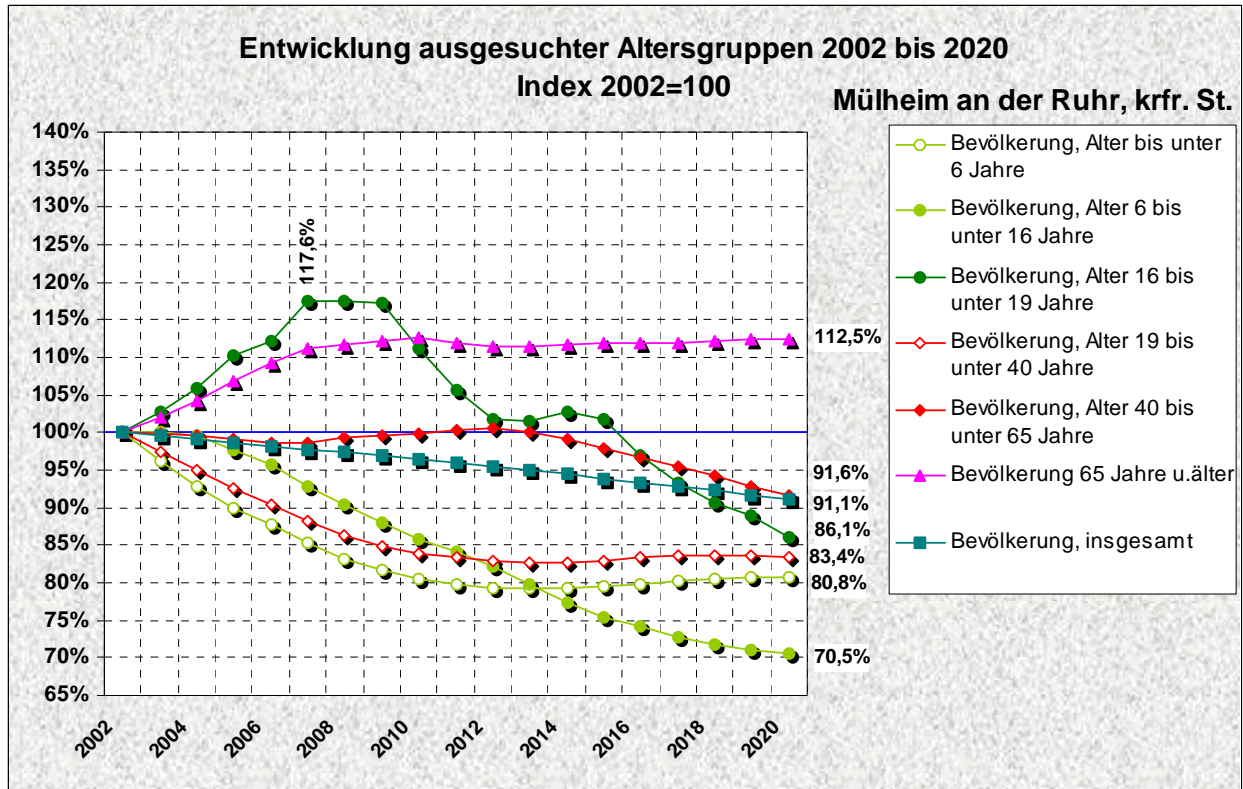
<sup>15</sup> vgl. Bezirksregierung Düsseldorf: *Datenmosaik* 2003, Seite 3 ff. Der Gesamtsaldo von 1987-2001 betrug zwar ein Plus von 900 Einwohnern, allerdings kommt diese positive Bilanz durch Wanderungsgewinne von 31.000 Nichtdeutschen gegenüber 30.000 Wanderungsverlusten bei Deutschen zustande.

<sup>16</sup> vgl. ebenda

<sup>17</sup> gefolgt von der Stadt Essen mit einem Durchschnittsalter von 43,4 Jahren, vgl. LDS NRW: Vorausberechnung der Bevölkerung....“, a.a.O., S. 9

Zwar konnte Mülheim an der Ruhr in der Vergangenheit Zuzugsgewinne, vor allem aus Essen und Duisburg verbuchen. Die Stadt wirbt auch weiterhin als Wohnstandort, insbesondere für junge Familien;<sup>18</sup> die Sterbefallüberschüsse werden jedoch die Wanderungsgewinne deutlich übersteigen.

**Grafik 5** Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS)



## 2.4 Oberhausen

In Oberhausen lässt sich eine ähnliche Entwicklung beobachten. Insgesamt wird die Stadt bis 2020 voraussichtlich 8,2 Prozent ihrer Einwohner verlieren. Dabei wird die negative Entwicklung der Kinder unter 6 Jahren bzw. der 6 bis unter 16-Jährigen zwar etwas gemäßigter erfolgen als in Essen oder Mülheim an der Ruhr, dafür steigt die Zahl der über 65-Jährigen um 14,7 Prozent an – der höchste Anstieg in den kreisfreien Städten des „Westlichen Ruhrgebiets“.<sup>19</sup> Insgesamt verfügte auch die Stadt Oberhausen über einen positiven Wanderungssaldo, vor allem durch Zuzüge aus Essen, Mülheim an der Ruhr und Duisburg.<sup>20</sup> Abwanderungen erfolgten nach Bottrop und vor allem in die Gemeinden des Kreises Wesel.<sup>21</sup>

**Vom hohen Anstieg  
der Älteren  
zum...**

<sup>18</sup> vgl. bspw. Stadt Mülheim an der Ruhr: Mülheim an der Ruhr – Ein Wohnstandort mit Zukunft, September 2004

<sup>19</sup> siehe Graphik C im Anhang

<sup>20</sup> Per Saldo waren dies über 2.300, ca. 2.250 bzw. über 1.200 Einwohner.

<sup>21</sup> Die meisten Abwanderungen erfolgten per Saldo nach Dinslaken mit über 1.900 Verlusten, gefolgt von Bottrop mit 870 Fortzügen per Saldo.

## 2.5 Duisburg

Die Stadt Duisburg wird bis zum Jahr 2020 voraussichtlich 10,2 Prozent ihrer Einwohner verlieren. Allerdings liegt der Rückgang in der Altersgruppe der unter 6-Jährigen deutlich unter dem Wert der anderen kreisfreien Städte und sogar unter dem Wert für den Kreis Wesel von minus 14,3 Prozent. Die stärksten Verluste muss Duisburg mit einem Minus von 28,1 Prozent bei den 6 bis unter 16-Jährigen hinnehmen. Vergleichsweise hoch sind die Verluste in der Gruppe der „Jüngeren Erwerbsfähigen“: Mit minus 17,7 Prozent liegt Duisburg hier an der „Negativspitze“. – Auffällig bei der Entwicklung in Duisburg ist der mit plus 4,6 Prozent schwache Anstieg der Bevölkerung im Rentenalter. Ähnlich wie in Essen manifestiert sich hier das „Wegsterben“ der Älteren.<sup>22</sup>

**... Wegsterben der Älteren**

In der Vergangenheit konnte Duisburg mit einem negativen Wanderungssaldo von 2.500 Einwohnern zwar eine noch recht günstige Wanderungsbilanz aufweisen. Dahinter verbarg sich jedoch – ähnlich wie in Essen – ein hoher Abwanderungssaldo der deutschen Bevölkerung. Die Wanderungsverluste flossen überwiegend in die Gemeinden des Kreises Wesel, vor allem nach Moers, Dinslaken und Rheinberg.<sup>23</sup> Jedoch profitierten auch die benachbarten Städte Oberhausen und Krefeld mit über 1.200 bzw. 1.000 Neubürgern von den Fortzügen aus Duisburg.

## 2.6 Kreis Wesel

Der Kreis Wesel nimmt mit seiner Bevölkerungsentwicklung von einem moderaten Minus von 0,9 Prozent eine Sonderstellung im „Westlichen Ruhrgebiet“ ein. Er kann weiterhin von den Wanderungsgewinnen profitieren, aber Achtung: Die ältere Bevölkerung über 65 Jahre nimmt bis 2020 „explosionsartig“ um 35,6 Prozent<sup>24</sup> zu. Als einzige Gebietseinheit wird im Kreis Wesel die Gruppe der „Älteren Erwerbsfähigen“ im Alter von 40 bis unter 65 Jahren ansteigen. Das Plus von 3,5 Prozent sowie die deutliche Abnahme in den Altersgruppen der unter 6 sowie der 6 bis unter 16-Jährigen verdeutlichen die Umbruchsituation, in der sich der Kreis befindet. Trotz der Wanderungsgewinne in der Vergangenheit<sup>25</sup> tritt das massive Überalterungsproblem des Kreises verstärkt zu Tage. Der enorme Anstieg der älteren Bevölkerung sowie das Abnehmen der Bevölkerung im Kinder- und Jugendalter sowie der „Jungen Erwerbsfähigen“ tragen zur „Seniorisierung“ des Kreises bei.

**Wo sind die Kinder?**

**„Seniorenregionen“ Kreis Wesel...**

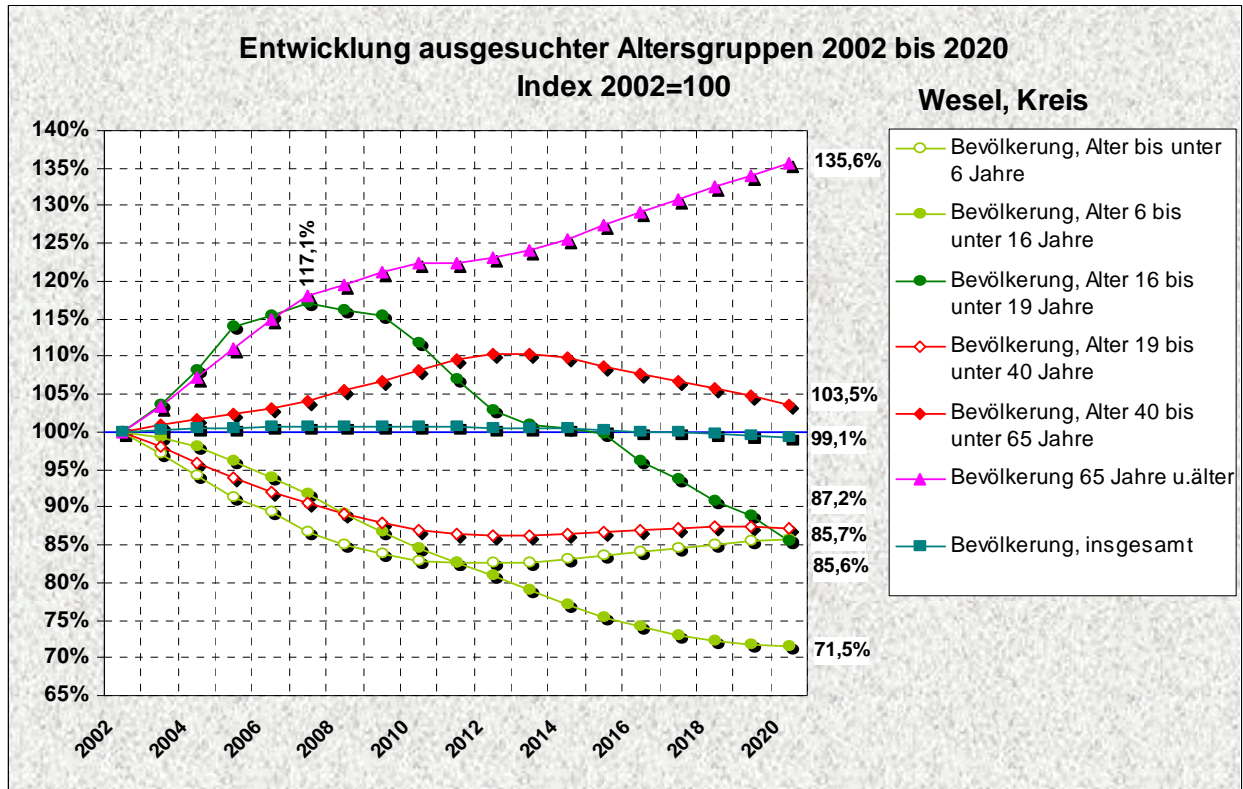
<sup>22</sup> Siehe Grafik D in Anhang

<sup>23</sup> vgl. *Datenmosaik* 2003, S. 9ff. Fortzüge nach Moers per Saldo über 7.100, Dinslaken über 4.500, Rheinberg über 3.300 Wanderungsverluste.

<sup>24</sup> Das ist ein Plus von knapp 29.000 Personen dieser Altersgruppe. Zum Vergleich: In Essen nimmt die Zahl in dieser Altersgruppe bis 2020 um ca. 9.000 Personen zu, in Oberhausen um ca. 6.000.

<sup>25</sup> Von 1987 bis 2001 konnte der Kreis einen positiven Saldo in Höhe von 48.000 verbuchen, vor allem kamen die Zuzüge aus den Ballungskernstädten des „Westlichen Ruhrgebiets“ sowie der umliegenden Ballungsrandzone. Vgl. auch *Datenmosaik* 2003, a.a.O.

**Grafik 6** Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS)



## 2.7. Kreis Kleve

Der Kreis Kleve kann klar als „Gewinner“ der Bevölkerungsprognose herausgehoben werden: Bis zum Jahr 2020 wird die Bevölkerung insgesamt voraussichtlich um 7,2 Prozent zunehmen. In der Entwicklung der einzelnen Altersgruppen sind jedoch deutliche Unterschiede erkennbar. Die Zahl der über 65 Jährigen steigt kontinuierlich um 40,6 Prozent! Diese Zunahme ist auch kreisweit<sup>26</sup> für den gesamten Regierungsbezirk „herausragend“. Dazu kommt der vergleichsweise höchste Anstieg der Gruppe der „Älteren Erwerbsfähigen“ mit 13,9 Prozent. Auffällig ist dabei, dass nach einem rasanten Anstieg bis zum Jahr 2013 ein kontinuierlicher Rückgang dieser Altergruppe erfolgen wird. Die relativ geringe Abnahme der „Jungen Bevölkerung“<sup>27</sup> kann nicht über die bevorstehende starke Überalterung im Kreis Kleve hinwegtäuschen.<sup>28</sup>

Gewiss steht der Kreis gerade im Hinblick auf die Entwicklung der „Jugendlichen“ und „Jungen Erwerbsfähigen“ mit einem Minus von lediglich 2,7 bzw. 3,2 Prozent auch im Vergleich der Kreise positiv dar. Trotzdem werden die gravierenden Herausforderungen durch den demografischen Wandel nicht mehr lange auf sich warten lassen.

... und Kreis Kleve?

<sup>26</sup> In den Kreisen des Regierungsbezirks Düsseldorf beträgt der durchschnittliche Anstieg dieser Altergruppe bis 2020 35 Prozent

<sup>27</sup> Minus 6,1 Prozent (im Vergleich die einzige nur einstellige Abnahme) bei den unter 6-Jährigen sowie minus 20,8 Prozent bei den 6 bis unter 16 -Jährigen. Dabei werden für die unter 6-Jährigen ab dem Jahr 2011 wieder kontinuierlicher Zuwächse, bedingt durch den Anstieg der „Jungen Erwerbsfähigen“, erwartet.

<sup>28</sup> Der Vergleich mit dem Kreis Wesel zeigt, dass im Kreis Kleve ab 2011 die Zahl der über 65-Jährigen deutlich stärker ansteigen wird, siehe auch Grafik E im Anhang.



Der Kreis Kleve konnte im Vergleichszeitraum einen positiven Wanderungssaldo in Höhe von fast 32.500 Personen verbuchen. Wanderungsgewinne kamen vor allem aus dem Kreis Wesel mit über 7.700 Zuzügen per Saldo<sup>29</sup> sowie Duisburg mit knapp 7.300 Zuzügen per Saldo. Ob diese Wanderungsentwicklung zukünftig die Sterbeüberschüsse kompensieren kann, ist allerdings fraglich.

**Gewinner der  
Prognose:  
Kreis Kleve**

Zahlreiche Studien beschäftigen sich mit den Folgen der demografischen Entwicklung, insbesondere auch für das Ruhrgebiet. Die Verfasser können und wollen in diesem *Datenmosaik* lediglich zwei wichtige Gesichtspunkte skizzieren: Die möglichen Auswirkungen auf den Flächenbedarf sowie die Folgen für den Arbeitsmarkt.

Nachfolgend wird die Entwicklung von Wohneinheiten und Gewerbeflächen dargestellt. Des weiteren zeigt das nächste Kapitel wie sich die zukünftigen Bedarfe zusammensetzen und welche Faktoren bei einer solchen Vorausschau zu beachten sind.

---

<sup>29</sup> Die höchsten Zuzüge in den Kreis Kleve kamen dabei per Saldo aus Moers (plus 1.500) sowie Kamp-Lintfort mit knapp 1.100.

### 3. Flächenentwicklung am Beispiel des Westlichen Ruhrgebiets und des Kreises Kleve

#### 3.1 ASB-Reserven (Wohnen) im GEP 99

Auf der Basis des GEP 86 wurde im Rahmen von Arbeitsgesprächen mit allen Kommunen über die zum 01.01.1995 vorhandenen Reserven in den Flächennutzungsplänen und dem GEP 86 sowie den notwendigen Handlungsspielraum bis 2010 gesprochen. Die Ergebnisse wurden mit der Aufstellung des GEP 99 durch den Bezirksplanungsrat und von allen Kommunen einvernehmlich mitgetragen.

Dabei wurden im GEP 99 per Saldo<sup>30</sup> in den Ballungskernstädten des Ruhrgebiets über die vorhandenen Reserven hinaus folgende Neudarstellungen (in Wohneinheiten [WE]) flächenmäßig vorgenommen:

Duisburg:	500 WE, bei Reserven von	19.400 WE
Essen:	100 WE	14.950 WE
Mülheim an der Ruhr:	0 WE	6.150 WE
<u>Oberhausen:</u>	<u>1.150 WE</u>	<u>8.900 WE</u>
<b>Summe</b>	<b>1.750 WE</b>	<b>49.400 WE</b>

**Entwicklung der Wohneinheiten**

D. h., die vorhandenen Reserven wurden damit in den 4 Ruhrgebietsstädten um 4 % erhöht. Im Kreis Wesel wurde per Saldo nur 700 WE (2 %) an Neudarstellungen vorgenommen bei Reserven von 35.100 WE. Dabei wurden in 6 von 13 Kommunen des Kreises GEP-Reserven des GEP 86 in einer Größenordnung von 1.900 WE zurückgenommen. Im Kreis Kleve wurden im GEP 99 zusätzlich noch 3.700 WE neu dargestellt.<sup>31</sup> Weitere Darstellungen wurden von den kreisfreien Städten weder gefordert, noch wären sie mit den Darstellungen der Regionalen Grünzüge in Einklang zu bringen gewesen.

#### Bauleistung (WE/1000 Einwohner) im Zeitraum 1995/2002

Bezogen auf den Durchschnitt der kreisfreien Städte im Regierungsbezirk<sup>32</sup> weist nur Mülheim an der Ruhr eine deutlich überdurchschnittliche Bauleistung (29) in den letzten 8 Jahren auf. Duisburg entspricht dem Durchschnitt. Wogegen in Oberhausen (20) und vor allem Essen (13) deutlich weniger Wohneinheiten je 1000 Einwohner fertiggestellt wurden, als im Durchschnitt der kreisfreien Städte. Die Bauleistung im Kreis Wesel war zwar mit 34 WE/1000 Einwohner erheblich höher, lag aber deutlich unter dem Durchschnitt der Kreise im Regierungsbezirk (40 WE/1000 Ew.). Im Kreis Kleve lag die Bauleistung mit 47WE/1000 Einwohner am höchsten im Regierungsbezirk. Allerdings weist der Kreis Kleve mit 2,66 Einwohnern/je WE die höchste Belegungsdichte im Regierungsbezirk auf. Mit einer hohen Belegungsdichte ist immer auch ein entsprechend hoher Auflockerungsbedarf der ortsansässigen Bevölkerung gegeben.

**Bauleistung der Städte nur in Mülheim an der Ruhr hoch**

**sowie in den Kreisen Wesel und Kleve**

<sup>30</sup> gegenüber dem GEP 86

<sup>31</sup> Bezogen auf Reserven in Höhe von 20.100 WE sind dies 18 Prozent.

## **Inanspruchnahme von Reserven des GEP 99 im Zeitraum 1995/2002**

Im Rahmen von Flächennutzungsplan-Änderungen haben die Städte Duisburg und Oberhausen bei einem Potenzial von zusammen rd. 5.500 WE auf der Ebene des GEP 99 nur insgesamt 350 WE, das sind 6 %, in Anspruch genommen. Im Durchschnitt der kreisfreien Städte sind es dagegen 18 %, also dreimal soviel. Im Kreis Wesel lag die Inanspruchnahme von GEP-Reserven bei 1000 WE (7 %), d. h., auch hier wurden die Reserven des GEP bisher nur in geringem Umfang in Anspruch genommen gemessen am Durchschnitt auf Regierungsbezirksebene mit 15 %. Im Kreis Kleve wurden im gleichen Zeitraum erst 1.100 WE der GEP-Reserven, das sind rd. 12 %, in Anspruch genommen.

## **Bedarf in der Zukunft**

Die in der Erhebung 2000 ermittelten Reserven<sup>33</sup> in der Raumordnungsregion Duisburg/Essen (DU, E, MH, OB, KLE und WES) in Höhe von 84.750 WE in den Flächennutzungsplänen der Kommunen und dem GEP 99 entsprechen zu 100 % dem im Rahmen der Raumordnungsprognose der Bundesanstalt für Bauwesen und Raumordnung ermittelten Wohnungsbedarf für den Zeitraum 2000/2015. D. h., die im GEP 99 zusätzlich dargestellten Reserven werden in vollem Umfang benötigt. Dabei ist unterstellt, dass die Reserven bis 2015 zu 100 % zur Verfügung stehen werden. Eine Annahme, die sicherlich bezweifelt werden kann und es von daher im Zeitraum 2010/2015 unter Umständen zu einem zeitlichen Defizit kommen kann.

Der Wohnungsbedarf für die Raumordnungsregion DU/E entwickelt sich dabei zeitlich mit abnehmender Tendenz. Im Zeitraum 2000/5 werden rd. 34.500 WE, im Zeitraum 2006/10 rd. 27.750 WE und im Zeitraum 2011/15 rd. 22.650 WE benötigt. D.h. auch nach 2015 ist mit einem - wenn auch weiter abnehmenden - Wohnungsbedarf zu rechnen. Dabei setzt sich der Wohnungsbedarf generell aus 2 unterschiedlichen Faktoren zusammen, dem - trotz des Bevölkerungsrückgangs bis 2015 anhaltenden Anstieg der Zahl der Haushalte und den Wohnungsabgängen. Der Anstieg der Zahl der Haushalte resultiert zum einen aus Haushaltsgründungen junger Haushalte aufgrund eines entsprechend positiven Altersaufbaus der Bevölkerung im Kreis Kleve. Zum anderen wird die Zahl der Haushalte durch die weitergehende Singularisierung bestehender Haushalte beeinflusst. Ein wesentlich bedeutenderer Faktor - insbesondere in den Ballungsräumen - sind die Wohnungsabgänge. Sie ergeben sich aus dem Abriss von Häusern, der Umnutzung von Wohnraum, der Zusammenlegung von Wohnungen und - mit steigendem Anteil - aus nicht mehr vermietbaren Wohnungen aus den fünfziger und sechziger Jahren.

**Wohnungsbedarf  
und Reserven  
entsprechen sich**

**Singularisierung  
der Haushalte**

<sup>32</sup> 21 WE/1000 Einwohner

<sup>33</sup> Vorlage 1/7 PA bzw. 2/9 RR u. Vorlage 12/9 PA und 13/10 RR

## Fazit

Für die 4 Ruhrgebietsstädte wurden im Rahmen des GEP 99 mehr Wohneinheiten neu dargestellt als im Kreis Wesel. In der Stadt Essen sind in der Vergangenheit zu wenig Wohnungen fertiggestellt worden (8 WE/1000 Einwohner weniger als im Durchschnitt der kreisfreien Städte im Regierungsbezirk). Duisburg und Oberhausen haben die im GEP 99 dargestellten zusätzlichen GEP-Reserven bisher nur unzureichend in Anspruch genommen. Die in der Raumordnungsregion Duisburg/Essen künftig benötigten Wohneinheiten entsprechen den Reserven auf FNP- und GEP-Ebene. D. h. die Behauptung, der GEP 99 sei schuld an der Stadt-Umland-Wanderung, kann nicht belegt werden. Das Gegenteil ist der Fall, ein Teil der Kernstädte hat (in der Vergangenheit) entsprechend den Wohn- und Umfeldbedürfnissen der Bevölkerung zu wenig getan, um Einwohner zu halten.

Im übrigen ist bei der Aufgliederung der Komponenten der künftigen Einwohnerentwicklung zu berücksichtigen, dass der weit überwiegende Teil planerisch nicht beeinflussbar ist. Dabei handelt es sich um den oben dargelegten Sterbeüberschuss der natürlichen Entwicklung. In den Ballungskernstädten des westlichen Ruhrgebiets sind dies 71 Prozent des gesamten Einwohnerrückgangs.<sup>34</sup> Hinzu kommen arbeitsplatz- und altersbedingte Fernwanderungen, die ebenfalls nicht beeinflusst werden können. Bei den Nahwanderungen muss dann noch einmal unterschieden werden zwischen solchen, die arbeitsplatz- und ausbildungsbedingt sind und damit ebenfalls nicht durch wohnungsbezogene und stadtplanerische Maßnahmen beeinflusst werden können und den Nahwanderungen, die auf Preiseffekte (geringere Mieten und geringere Grundstückspreise im Umland) reagieren. Allein diese Komponente der Abwanderungen ist durch entsprechende Maßnahmen der Kernstädte zumindest teilweise beeinflussbar. Gemessen an der Einwohnerentwicklung insgesamt handelt es sich dabei allerdings um einen sehr geringen Prozentsatz.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass die Ausstattung der Kommunen mit Bauflächen kein auslösender Faktor für die Stadt-Umland-Wanderung ist. Andere Faktoren wie die Wohn- und Lebensumfeldvorstellungen der Bürger, die Eigenheimzulage, die Pendlerpauschale, die Verkehrsinfrastruktur (z. B. die A 57) sowie die Fehlsteuerung durch den kommunalen Finanzausgleich sind die auslösenden Faktoren, deren Wirkmechanismen sich die Regionalplanung stellen muss. Dabei ist es Aufgabe der Regionalplanung, die so wirksam werdende Nachfrage, auf die die Regionalplanung selbst keinen Einfluss nehmen kann, auf geeignete Standorte (Haltepunkte des schienengebundenen ÖPNV, Abrundung von Stadtteilen mit entsprechend vorhandener Infrastruktur) im Sinne der dezentralen Konzentration zu lenken, wie sie dem GEP 99 zugrunde liegt.

**Sterbeüberschuss  
dominiert  
Entwicklung!**

**Aufgabe der  
Regionalplanung**

<sup>34</sup> Dies entspricht knapp 150.000 Personen

### 3.2 GIB-Reserven (Arbeiten) im GEP 99

Nach der Erarbeitung des Gebietsentwicklungsplans erhielten die Gebietskörperschaften folgende zusätzliche Reserven zu dem bereits bestehenden Flächenpotenzial:

Kreis Wesel	964 ha + 98 ha	=	1072 ha
MEO	432 ha - 5 ha	=	427 ha
DU	447 ha + 25 ha	=	472 ha
Kreis Kleve	541 ha + 179 ha	=	720 ha

Die scheinbar hohe Hektarzahl im Kreis Wesel relativiert sich, wenn man bedenkt, dass das bei 13 Kommunen im Durchschnitt pro Gemeinde 7,5 ha sind. Im Kreis Kleve fallen 100 ha auf die Städte Geldern, Kevelaer und Straelen, bedingt durch einen sehr hohen Nachholbedarf, der in den neu aufgestellten Flächennutzungsplänen befriedigt werden konnte. Den Rest von 75 ha teilen sich weitere 13 Gemeinden, das bedeutet durchschnittlich weniger als 7 ha pro Kommune.

#### Inanspruchnahme von gewerblichen Bauflächenreserven

Nach der Erhebung zum 1.1.2003 ergab sich folgendes Bild einschließlich des Verbrauches an Gewerbeflächen in den letzten 10 Jahren

	<b>Verbrauch 1993 – 2002</b>	<b>Reserven</b>
Kreis Wesel	317 ha	680 ha
MEO <sup>35</sup>	80 ha	330 ha
DU	180 ha	435 ha
Kreis Kleve	346 ha	422 ha

Die Zahlen belegen, dass in Duisburg, Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen mehr gewerbliche Bauflächenreserven zur Verfügung stehen, als im Kreis Wesel. Aber die Verbrauchszahlen beweisen auch, dass die Großstädte durchaus von ihrer Attraktivität und den Führungsvorteilen profitieren. Allein Betriebe mit großen Flächenansprüchen, die darauf nicht angewiesen sind, weichen wegen des Preisgefälles schon einmal in den Kreis Wesel aus.

**gewerbliche Bauflächenreserve**

Die Verlagerung von Betrieben aus dem Ruhrgebiet in die Kreise Wesel und Kleve bleibt eine absolute Ausnahme. Der vergleichsweise hohe Verbrauch gewerblicher Bauflächen im Kreis Kleve ist zu einem großen Teil durch die Aufbereitung und Vermarktung regionaler Produkte wie Blumen und Gemüse bestimmt, zusätzlich hat die Kiesaufbereitung einen Anteil daran.

<sup>35</sup> Bei den Angaben zu MEO fehlen die Zahlen der Stadt Oberhausen, die an der Erhebung nicht teilgenommen hat.

## **Bedarf in der Zukunft**

Der dem GEP 99 zugrundegelegte Handlungsspielraum, das hat das Siedlungsmonitoring zum Stichtag 1.1.2003 bestätigt, war realistisch. Mit dem zu dem Stichtag noch vorhandenen Reservepotenzial im Kreis Wesel wie auch in der Region MEO und in der Stadt Duisburg wird voraussichtlich bis zum Jahr 2020 der notwendig zur Verfügung stehende Handlungsspielraum abgesichert sein. Diese optimistische Aussage wird u. a. damit begründet, dass die vorhandenen Gewerbeflächenreserven nicht in dem Maße abgenommen haben, wie der Verbrauch zugenommen hat. Zwei Erklärungen dafür sind die zunehmende Inanspruchnahme ehemaliger Brachen und die Freigabe auch größerer, jahrzehntelang blockierter Betriebserweiterungsflächen für den Immobilienmarkt. Dazu kommt natürlich auch, dass der Verbrauch an gewerblichen Bauflächen für großflächige Produktionsbetriebe immer weiter nachlässt. Allenfalls im Bereich Logistik werden hin und wieder größere Standorte nachgefragt, die aber insbesondere in Duisburg und im Lippe-Mündungsraum mit guten Standortangeboten befriedigt werden können.

**Ausreichendes  
Entscheidungs-  
potenzial**

### **Fazit:**

Die planerischen Mittel für eine ausgewogene Verteilung gewerblicher Bauflächenreserven sind installiert, können aber nicht zu 100 % außerplanerische Faktoren, wie Rückgang der Montanindustrie oder das Bodenpreisgefälle aufheben. Außerdem fehlt zur Zeit auf Grund der gesamtwirtschaftlichen Situation die Bereitschaft von Investoren, Zweigniederlassungen in größerem Umfang zu gründen.

**schlechte  
gesamtwirtschaft-  
liche Situation**

### **3.3 GEP-Änderungen seit 1999 für Siedlungsbereichsdarstellungen**

Um den Strukturwandel der Großstädte im Ruhrgebiet aktiv zu unterstützen, wurden im Regierungsbezirk Düsseldorf seit 1999 fünf von insgesamt 35 Änderungen des Gebietsentwicklungsplanes (GEP 99) durchgeführt. Durch die Umwandlung von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) in Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) können nun auf ehemaligen Flächen der Montanindustrie attraktive neue Arbeitsplätze und Wohnungen in einem grünen Umfeld entstehen. Dazu zählen auch landesweit bedeutsame Großprojekte wie Duisburg an den Rhein, O.Vision in Oberhausen und der Krupp-Gürtel in Essen.

**Großprojekte**

Vier weitere GEP-Änderungen im Kreis Kleve beziehen sich auf die Ansiedlung von Unternehmen mit besonderen Standortanforderungen. Dazu gehört auch der Ausbau des Flughafens Weeze für zivile Zwecke. In zwei Fällen ging die Neudarstellung von GIB mit einem Flächentausch einher. Neue ASB wurden im Kreis Kleve nicht dargestellt. Für Kommunen im Kreis Viersen wurden bislang keine GEP-Änderungen mit dem Ziel der Neudarstellung von GIB oder ASB durchgeführt (laufend: Ausbau des Flughafens Mönchengladbach).

Fünf der sechs genannten GEP-Änderungen in den Kreisen Wesel und Kleve beschloss der Regionalrat gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, obwohl diese Vorhaben nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung der Region Niederrhein maßgeblich fördern, sondern auch positiv auf das westliche Ruhrgebiet ausstrahlen. Vier der fünf genannten GEP-Änderungen für das westliche Ruhrgebiet akzeptierte der Regionalrat dagegen einstimmig. Neben einem breiten, parteienübergreifenden Konsens zeigt sich daran auch die Solidarität der ländlichen Umlandgemeinden mit den benachbarten Kernstädten. Die GEP-Verfahren konnten nicht zuletzt aus diesem Grund zügig zum Abschluss gebracht werden. Die Kommunen brauchen für die Änderung ihrer Bauleitpläne erfahrungsgemäß wesentlich länger als sechs bis neun Monate.

**Der Regionalrat  
hat beschlossen**

**zügige GEP-  
Verfahren**

**Fazit:**

Die Gebietsentwicklungsplanung steuert der Suburbanisierung nachweislich aktiv entgegen, anstatt ihr Vorschub zu leisten. Der Umnutzung von Brachflächen im Bestand kommt dabei eindeutig Vorrang vor der Inanspruchnahme von Freiflächen zu (Stadtumbau vor Stadtausbau). Davon profitieren die Großstädte im Ruhrgebiet aufgrund entsprechender Flächenreserven weitaus mehr als die ländlichen Umlandgemeinden. Außerdem wird in den ländlichen Umlandgemeinden der Flächentausch als Instrument eingesetzt, um Siedlungserweiterungen zu minimieren und so Freiraum zu schützen. Um ihre Entwicklungspotenziale dennoch möglichst optimal zu nutzen, kooperieren die Kommunen im Kreis Wesel eng miteinander. In dieser Hinsicht können die Revierstädte durchaus noch etwas von ihren Nachbarn lernen.

**Gebietsentwick-  
lungsplanung  
contra  
Suburbanisierung**

#### 4. Folgen für den Arbeitsmarkt

Eine vielfach zitierte Folge der demografischen Entwicklung ist ein zukünftiger Mangel an Arbeitskräften und ein geringerer Fortschritt durch eine „überalterte Bevölkerung“. <sup>36</sup> Ist dieses Szenario gerechtfertigt und was erwarten Praktiker des Arbeitsmarktes?

**Bedeutung für den  
Arbeitsmarkt?**

Die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB) im „Westlichen Ruhrgebiet“ zeigte in den letzten Jahren einen unterschiedlichen Verlauf. <sup>37</sup>

Den stärksten Rückgang der Beschäftigten musste die Stadt Duisburg hinnehmen. Seit 1987 sank die Zahl um 18,1 Prozent auf knapp 155.000 im Jahr 2003. Dieser Rückgang ging vor allem zu Lasten der männlichen Erwerbsbevölkerung. <sup>38</sup> In Essen nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten moderat ab: Von etwas mehr als 218.000 auf 214.000 Personen. Dies ist vor allem auf den Anstieg der Frauenbeschäftigung zurückzuführen. <sup>39</sup>

**Duisburg:  
gravierender  
Beschäftigungs-  
rückgang**

Der Arbeitsmarkt für Frauen hat sich in Oberhausen deutlich positiver entwickelt als in Mülheim an der Ruhr (OB: +23,2 % bzw. rd. 5.200 Beschäftigte, MH: +2,2 % bzw. rd. 500 Beschäftigte). So stieg der Anteil der weiblichen Beschäftigten in Oberhausen von 34,7 Prozent im Jahr 1987 auf 46,9 Prozent im Jahr 2003 - mit kontinuierlich steigender Tendenz! Dagegen verlor Oberhausen bei den Männern mit ca. 11.000 Arbeitsplätzen (bzw. -25,8 %) etwas stärker noch als Mülheim an der Ruhr (- 7.300 Arbeitsplätze bzw. - 18,8 %). Insgesamt hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Oberhausen allerdings abgenommen: Von über 64.000 im Jahr 1987 auf ca. 60.600 im Jahr 2002. Auch 2003 musste mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl (SVB) von ca. 58.600 ein weiterer Rückgang verzeichnet werden, von dem Männer und Frauen betroffen waren. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich für Mülheim an der Ruhr feststellen. <sup>40</sup> Demgegenüber verlief die Arbeitsplatzentwicklung im Kreis Wesel erfreulicher: Sie stieg insgesamt von ca. 108.000 im Jahr 1987 auf knapp 114.300 in 2003 an. Von 2002 bis 2003 war jedoch ebenfalls ein Rückgang zu verzeichnen, von dem die männlichen Beschäftigten stärker betroffen waren. <sup>41</sup>

**günstigere  
Entwicklung für  
Frauen  
in Essen und  
Oberhausen**

<sup>36</sup> Vgl. bspw. M. Fischer: „Die Bevölkerung schrumpft und wird immer älter. Folge: Der Wirtschaft droht aus Mangel an Arbeitskräften und Konsumkraft eine Dauerstagnation, in: Wirtschaftswoche Nr. 22, S. 20ff.

<sup>37</sup> Siehe auch Tabelle 1 im Anhang.

<sup>38</sup> Von 1987 bis zum Jahr 2003 nahm deren Zahl um 27,3 Prozent auf ca. 95.000 Beschäftigte ab. Demgegenüber blieb die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen relativ konstant (leichter Zuwachs, + 2,5 %) und lag 2003 knapp unter 60.000.

<sup>39</sup> Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen stieg von 1987 bis 2003 um 12,9 Prozent auf knapp 95.000 an. Demgegenüber ging die Zahl der männlichen Beschäftigten im Vergleichszeitraum um 11,1 Prozent auf rd. 119.000 zurück.

<sup>40</sup> In Mülheim an der Ruhr verlieren die Männer allerdings 2002/2003 mit rd. 2100 Beschäftigten (- 6,3 %) deutlicher als in Oberhausen: - 1400 bzw. -4,2 %).

<sup>41</sup> Männer: -3700 bzw. -5,3 %, Frauen -700 bzw. -1,4 %.



Den stärksten Beschäftigungsanstieg konnte im Vergleichszeitraum der Kreis Kleve verbuchen – hier stieg die Beschäftigung von 62.000 um 21,7% Prozent auf fast 75.500! Interessanterweise konnten Männer und Frauen gleichermaßen profitieren.<sup>42</sup> Allerdings nahm auch im Kreis Kleve die Beschäftigung von 2002 auf 2003 leicht ab, insbesondere zu Lasten der männlichen Beschäftigten.

## Arbeitslosigkeit im Westlichen Ruhrgebiet, Stand: September 2004

**Tabelle 2**

Agenturbezirk Hauptamt bzw. Geschäftsstelle*)	AQ 1 <sup>43</sup>	AQ 2 <sup>44</sup>	Anteil <sup>45</sup> LZ-A.	Anteil ab 50 Jahre	AQ männ- lich	AQ weib- lich	AQ Aus- länder	AQ jün- ger 25
	in %							
Duisburg	14,3	15,3	46,4	23	16,5	13,8	25,0	13,3
Essen	12,0	13,2	47,0	26,2	16,0	10,0	27,3	9,3
Oberhausen	11,0	12,0	46,5	23,5	15,7	10,9	27,7	12,5
*) Mülheim	9,0	10,0	43,9	26,2	11,6	8,2	21,3	9,4
*)HA Oberhausen	12,6	13,5	45,5	24,5	13,9	9,7	25,0	11,3
Wesel <sup>46</sup>	8,2	9,2	42,7	25,8	10,1	8,3	17,0	7,4

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion NRW sowie Agenturen für Arbeit Duisburg, Essen, Oberhausen und Wesel.

Die Arbeitsmarktentwicklung ist in allen dargestellten Agenturbezirken durch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr gekennzeichnet. Bei den gemeldeten offenen Stellen ist die Entwicklung dagegen unterschiedlich. In Duisburg ging die ohnehin niedrige Arbeitskräfte-nachfrage noch weiter zurück.<sup>47</sup> In Essen konnte der Bestand an offenen Stellen im Vorjahresvergleich mit einem Plus von 24 auf 2.554 Stellen anwachsen, bei den Stellenzugängen musste gegenüber dem Vorjahresmonat jedoch ein Rückgang um 400 Stellen bzw. knapp 25 Prozent verzeichnet werden.<sup>48</sup> Im Agenturbezirk Oberhausen waren im September 2004 1.410 Stellenangebote registriert, davon 528 in der Geschäftsstelle Mülheim an der Ruhr und 882 im Hauptamt Oberhausen. Für beide Städte bedeutete dies einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahresbestand, in Mülheim an der Ruhr gingen gegenüber dem Vorjahresmonat sogar 19 Stellen mehr ein.<sup>49</sup>

Im Agenturbezirk Wesel waren im September 2004 3.246 Stellen gemeldet, lediglich 7 weniger als im Vorjahresmonat. Bei den Zugängen sieht es dagegen vergleichsweise schlecht aus: Gegenüber dem Vorjahresmonat gingen 408 oder 30,7 Prozent weniger Stellen ein.

**Anstieg  
der Arbeitslosigkeit  
und  
Rückgang der  
offenen Stellen**

<sup>42</sup> Die Zahl der männlichen Beschäftigten stieg von 38.300 auf ca. 42.400 (+ 4100 bzw. + 10,7 %) an, die Beschäftigung der Frauen nahm sogar um ca. 9.400 bzw. 39,5 % zu und betrug 2003 fast 33.100.

<sup>43</sup> Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

<sup>44</sup> Arbeitslosenquote bezogen auf alle abhängigen Erwerbspersonen

<sup>45</sup> Langzeitarbeitslose: Dauer der Arbeitslosigkeit 1 Jahr und länger

<sup>46</sup> Der Agenturbezirk Wesel umfasst die Kreise Wesel und Kleve.

<sup>47</sup> siehe auch: Arbeitsmarktreport September 2004, Agentur für Arbeit Duisburg: Im September 2004 waren im Agenturbezirk Duisburg 1008 Stellen registriert – 544 Stellen weniger als im Vorjahr.

<sup>48</sup> Vgl. auch: Arbeitsmarktreport September 2004, Agentur für Arbeit Essen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist dies eine Abnahme um 12 Prozent bzw. 1.455 Stellen.

<sup>49</sup> Seit Jahresbeginn jedoch ging die Zahl der gemeldeten offenen Stellen um 15,1 Prozent bzw. 459 Stellen zurück, in Oberhausen dagegen lediglich um 9,3 Prozent bzw. 390 Stellen.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus im Hinblick auf die demografische Entwicklung ziehen? Zunächst ist festzustellen, dass eine längerfristige Schätzung der Erwerbstätigen mit vielen Schwierigkeiten behaftet ist. An dieser Stelle sei deshalb nur eine Studie angeführt, welche die regionale Entwicklung der Erwerbstätigen bis 2010 untersucht.<sup>50</sup> Insgesamt wird hier ein Anstieg der Erwerbstätigen um plus 2,3 Prozent für Westdeutschland und ein Minus von 9,2 Prozent für Ostdeutschland erwartet.<sup>51</sup> Die Region Duisburg/Essen müsste demnach einen Rückgang der Erwerbstätigen um 0,2 Prozent hinnehmen. Gegenüber den prognostizierten Verlusten für die Region Emscher-Lippe in Höhe von minus 2 Prozent jedoch noch vergleichsweise moderat.<sup>52</sup>

**Was bringt die Zukunft?**

**2010: Region Duisburg/Essen: Stagnation der Erwerbstätigen**

Es stellt sich allerdings die Frage, inwieweit die „normale“ Erwerbstätigenrechnung<sup>53</sup> in Zukunft noch die Realitäten des Arbeitsmarktes widerspiegeln wird. Denn „die Erwerbstätigenrechnung ist eine reine Kop fzählung, bei der alle Beschäftigten - auch die Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten - ohne Berücksichtigung ihres tatsächlichen Arbeitsvolumens gleichermaßen zusammengezählt werden“.<sup>54</sup> Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik des Landes NRW hat daher mit dem Vollzeit-Äquivalent einen einfacheren Indikator entwickelt, als das Arbeitsvolumen, welches nur auf Länderebene vorliegt. Dabei werden die Beschäftigten mit dem zeitlichen Maß ihres Arbeitsbeitrages gewichtet. Dadurch können sich für die jeweilige Gebietseinheit Abweichungen ergeben, d.h. aus einem Anstieg der Erwerbstätigenzahlen (reine Kop fzahlen) kann bei einem hohen Anteil von Teilzeit- bzw. geringfügig Beschäftigten unter Umständen ein schwächerer Anstieg oder sogar Rückgang der Vollzeitäquivalente entstehen. Vollzeitäquivalente stellen dabei für den Regierungsbezirk Düsseldorf voraussichtlich einen Anteil von 85 % der Erwerbstätigen dar. Zugleich kann das Vollzeitäquivalent durch die Berücksichtigung der Arbeitszeiten der Erwerbstätigen eine präzisere Aussage über die Entwicklung der Produktivität (BIP je Vollzeitäquivalent) geben. Aufgrund noch nicht abschließend geführter methodischer Diskussionen soll dieser sehr interessante Punkt in diesem *Datenmosaik* nicht weiter ausgeführt werden. Bei einer intensiveren Betrachtung der zukünftigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung bedarf dieses Thema allerdings einer dezidierten Analyse.

**neue Berechnungsmethode: Vollzeitäquivalente**

Neben allen Vorausberechnungen liefern jedoch die Erwartungen der „Arbeitsmarktexperten vor Ort“ in den Agenturen für Arbeit im „Westlichen Ruhrgebiet“ wichtige Hinweise auf zukünftige Chancen und Herausforderungen für den Arbeitsmarkt. Dabei zeigt sich einmal mehr die Heterogenität dieser Region.

**Einschätzungen „vor Ort“**

<sup>50</sup> Vgl.: F.-J. Bade : Die regionale Entwicklung der Erwerbstätigkeit bis 2010, Dortmund, Oktober 2003

<sup>51</sup> Vergleichszeitraum 2001-2010

<sup>52</sup> vgl. Bade, F.-J., a.a.O. Die Region Bochum/Hagen wird demnach mit Minus 3,1 Prozent einen noch gravierenderen Rückgang zu verzeichnen haben. Für Düsseldorf dagegen wird ein Anstieg der Erwerbstätigen um 0,2 Prozent erwartet.

<sup>53</sup> Die Erwerbstätigenstatistik ist eine reine Kop fzählung, unabhängig davon, ob die Erwerbstätigen einen Vollzeit- oder Teilzeitarbeitsplatz innehaben oder gar eine geringfügige Beschäftigung ausüben.

<sup>54</sup> Vgl. Mielke, B., Wolf, M.: „Warum sich regionale Erwerbstätigenzahlen nicht mehr (so gut) als Indikator und Bezugsgröße eignen“, noch unveröffentlichter Aufsatz.

Die Konzernstadt **Essen** hat durch den Ausbau von Dienstleistungsarbeitsplätzen den Arbeitsplatzabbau im „Produzierenden Sektor“ zumindest teilweise abmildern können – allerdings profitierten davon in erster Linie Frauen. Dabei stellt sich die (leider zur Zeit nicht zu beantwortende) Frage, wie hoch der Anteil der neu geschaffenen Vollzeitarbeitsplätze ist. Nach Einschätzung des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Essen, Udo Glantschnig, dürfte in Zukunft die (vollzeit-) sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter zurückgehen. Insbesondere im Handel wird der Arbeitsmarkt der Zukunft stärker noch als bislang geprägt sein durch befristete Arbeitsverhältnisse oder Beschäftigungsverhältnisse auf 400 Euro-Basis. Die Flexibilität des Arbeitsmarktes wird sich seiner Ansicht nach jedoch auch in den anderen Branchen weiter fortsetzen. Diese Tendenzen könnten (wie bereits in anderen Ländern üblich) dazu führen, dass Erwerbstätige mehrere „Jobs“ gleichzeitig ausüben werden. Zugleich dürfte sich der Anteil der Zeitarbeiter weiter erhöhen. Die Flexibilisierung bietet jedoch nach Ansicht Glantschnigs insbesondere für Geringqualifizierte eine Chance für den beruflichen (Wieder-)Einstieg und sollte daher nicht per se verurteilt werden.

**Rückgang im „Produzierenden Sektor“, aber Zuwachs im Dienstleistungsbereich**

**Weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes erwartet**

**Chance für Geringqualifizierte?**

Für den Arbeitsmarkt in Essen sieht der Vorsitzende der Arbeitsagentur eine stärkere Differenzierung innerhalb der Erwerbspersonen. Hochqualifizierte – Essen ist die Stadt mit dem höchsten Akademikeranteil der Beschäftigten und liegt also mit 10,4 Prozent noch vor der Landeshauptstadt Düsseldorf – werden seiner Einschätzung nach nur sehr geringe Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben. Gleiches gelte im übrigen für die Ausbildungssituation. Gute Schülerinnen und Schüler würden relativ leicht einen passenden Ausbildungsplatz bekommen. Auf der anderen Seite werde sich, so Glantschnig, die Situation für gering qualifizierte Jugendliche, vor allem mit Migrationshintergrund, nicht entspannen. Mangelnde deutsche Sprachkenntnisse seien eine enorme Barriere für den Zugang zum Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt. Die Agentur für Arbeit versucht daher Kooperationen zwischen Unternehmen und Schulen zu fördern, um die sprachlichen Fähigkeiten zu verbessern. Allerdings müsse diese Förderung sinnvollerweise viel früher, also in Elternhaus und Kindergarten einsetzen.

**Stärkere Differenzierung des Arbeitsmarktes**

**Fehlende Sprachkenntnisse als Barriere**

**Aussichten für ältere Arbeitnehmer besser**

Für ältere Arbeitnehmer erwartet der Vorsitzende der Essener Arbeitsagentur aufgrund der demografischen Entwicklung mittelfristig eine Entspannung, für (bereits) ältere Arbeitslose werde sich der Markt zunächst jedoch nicht verbessern. Die Frauenerwerbstätigkeit werde weiter zunehmen, teilweise als Notwendigkeit zum Familieneinkommen beizusteuern.

Die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die betriebliche Praxis sei in vielen Unternehmen aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Situation noch kein Thema. Dies könne sich jedoch mittelfristig als äußerst nachteilig erweisen. Udo Glantschnig äußerte dabei die Befürchtung, dass insbesondere Handwerksbetriebe mit relativ unbeliebten (Ausbildungs-)berufen nur schwerlich qualifizierte Arbeitskräfte für sich gewinnen. Zugleich warnte Glantschnig davor, allein auf eine weitere Expansion des Dienstleistungssektors zu setzen. „Essen kann nicht allein von Dienstleistungen leben“, vielmehr müsse der „Produzierende Sektor“ wachsen, damit der Dienstleistungsbereich expandieren könne.

**Folgen für den Arbeitsmarkt: (noch) kein Thema in Unternehmen**

Der Bevölkerungsrückgang im Ruhrgebiet – so die Einschätzung des Arbeitsmarktexperten – könne durchaus Abwanderungen großer Unternehmen zur Folge haben. Gefährlich sei dabei eine negative Sogwirkung auf den Arbeitsmarkt. Es komme darauf an „Stärken zu stärken“ und dabei die Vernetzung zwischen Unternehmen, (Hoch)schulen und den anderen am Arbeitsmarkt Beteiligten weiter zu verbessern.

**Gefahr: Negative Sogwirkung**

„**Oberhausen** wäre Gelsenkirchen, wenn es das CentrO nicht gäbe“, so die Einschätzung des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Oberhausen, Heinrich Lehnert. Er sieht durch die Ansiedlung eine positive Sogwirkung für den Arbeitsmarkt, der weit über die im CentrO vertretenen Branchen hinausgehe. Das Image von Oberhausen ist dynamisch, so seine Einschätzung. Dieses positive Image habe demgegenüber der Arbeitsmarkt von Mülheim nicht. Allerdings konnten die Anteile geschaffener Voll- bzw. Teilzeitarbeitsplätze sowie der Anteil geringfügig Beschäftigter im CentrO nicht quantifiziert werden.

**CentrO: Positives Image für Oberhausen**

Für beide Städte wird ein deutlicher Rückgang geringqualifizierter Arbeitsplätze erwartet. Damit die Chancen geringer qualifizierter Jugendlicher steigen, werden Ausbildungsgänge modularisiert angeboten. Insgesamt erwartet Lehnert eine Entschärfung des Verdrängungswettbewerbs und eine Entspannung für „nur“ Ältere auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der demografischen Entwicklung. Für Personen mit mehreren Vermittlungshemmnissen<sup>55</sup> dürfte allerdings auch mittelfristig keine Verbesserung zu erwarten sein.

**Weiterer Abbau geringqualifizierter Arbeitsplätze in Mülheim und Oberhausen**

„Der **Duisburger** Arbeitslose geht in Pension, nicht in Arbeit“, so die Charakterisierung des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Duisburg, Norbert Maul. Er sieht den Duisburger Arbeitsmarkt vor großen strukturellen Problemen. In Duisburg sei vor allem die „old economy“ vorhanden. Obwohl der Stahlbereich boomt, werden Stellen vernichtet. Die Schließung der Zeche Walsum werde sich ebenfalls erheblich zu Lasten des Duisburger Arbeitsmarktes auswirken. Der Logistikstandort Duisburg sei wichtig, habe aber bislang die weggebrochenen Arbeitsplätze im „Produzierenden Sektor“ nicht kompensieren können. Im Dienstleistungsbereich habe Duisburg eine hohe Bedeutung als Callcenter-Standort, zum Beispiel im medizinischen Bereich, wo die Beschäftigten zum großen Teil hochqualifiziert seien.

**Duisburg: Gravierende Strukturprobleme**

Problematisch sei in Duisburg der Ausbildungsmarkt, insbesondere für geringer Qualifizierte, von denen viele einen Migrationshintergrund aufweisen. Auch hier seien fehlende Sprachkenntnisse das Haupthindernis. Als weiteres Hemmnis sprach der Vorsitzende jedoch die teilweise sehr eingeschränkte räumliche Mobilität der Arbeitslosen, auch bei Jugendlichen, an.

**Vermittlungshemmnis: Teilweise geringe räumliche Mobilität**

Die demografische Entwicklung werde sich positiv auf den Duisburger Arbeitsmarkt auswirken, zunächst gelte es allerdings mit den enormen Problemen auf dem Duisburger Arbeitsmarkt fertig zu werden. Für Duisburg komme es dabei auf die Ausweitung arbeitsintensiver Branchen an. Im Infrastrukturbereich gebe es großen Handlungsbedarf, bei einer Verstärkung der Arbeiten könnten auch geringer Qualifizierte eine Chance erhalten.

**Positive Auswirkungen der demografischen Entwicklung mindert nicht heutigen Handlungsbedarf**

<sup>55</sup> z.B. Alter, gesundheitliche Einschränkungen sowie geringe Qualifikation

Der Arbeitsmarkt im **Agenturbezirk Wesel**, der die **Kreise Wesel** und **Kleve** umfasst, unterscheidet sich in einigen Punkten von den Ballungskernstädten des westlichen Ruhrgebiets. Neben der vergleichsweise günstigen Arbeitslosenquote zeigt die Beschäftigtenentwicklung im Gegensatz zu den kreisfreien Städten des „Westlichen Ruhrgebiets“ eine positive Bilanz. Trotzdem musste auch der Arbeitsmarktbezirk Wesel eine Zunahme der Arbeitslosen und einen Rückgang der offenen Stellen verzeichnen. Aktuell scheint der Kreis Kleve dabei stärker betroffen zu sein als in der Vergangenheit. In beiden Kreisen dominieren klein- und mittelständische Unternehmen (KMU), in vielen Unternehmen herrscht ein Saisongeschäft. Für die Arbeitsmarktentwicklung der nächsten Zeit zeichnen sich dabei einige Problemfelder ab: So schließen insbesondere im Kreis Kleve Traditionsunternehmen wie Elefanten-Schuh, Clever Stolz sowie die Garnveredelungswerke. Die geplante Schließung bzw. Personalreduzierung der Zechen Walsum und Lohberg wird die Arbeitslosigkeit negativ beeinflussen, nicht zuletzt durch damit verknüpfte Auswirkungen beispielsweise im Zulieferbereich. Die Verlagerung der Handy-Produktion bei SIEMENS konnte zwar verhindert werden, unklar bleibt jedoch die mit einer Zusammenlegung von Festnetz- und Mobilfunkparten verbundenen Konsequenzen für den Personalbestand. Auch die Zukunft des Flughafens Weeze ist derzeit nicht gesichert.

Es zeigt sich, dass größerer Personalabbau im Agenturbezirk Wesel nur bedingt aufgefangen werden kann, denn z.Z. sind Neuansiedlungen in größerem Umfang nicht ersichtlich. Auch der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt in Richtung Beschäftigung in den Niederlanden hat sich aufgrund der Arbeitsmarktsituation in den Niederlanden verschlechtert.

Was dies für die zukünftige Arbeitsmarktentwicklung im Agenturbezirk Wesel bedeutet, ist derzeit noch nicht abzusehen. Die Präsenz mit der Region verbundener KMU könnte sich als vorteilhaft erweisen. Gleichzeitig weist der Leiter des Pressebüros der Agentur für Arbeit Wesel, Helmut Plückelmann darauf hin, dass im Agenturbezirk weder Fachhochschulen noch Universitäten vorhanden sind. Dies könnte sich als Standortnachteil erweisen. So lange allerdings die Wanderungsbeziehungen innerhalb des Agenturbezirks bzw. mit den kreisfreien Städten der Region einen positiven Saldo aufweisen, wird keine gravierende Verschlechterung des Arbeitsmarktes durch die demografische Entwicklung erwartet.

**Agenturbezirk  
Wesel: Situation  
noch vergleichs-  
weise günstig**

**Aber:  
Traditionsunter-  
nehmen schließen**

**Auswirkungen der  
Zechen-  
schließungen?**

**Schwächere  
Beschäftigung in  
den Niederlanden**

**Standortvorteil  
KMU?**

**Reichen  
Wanderungs-  
gewinne bei  
alternder  
Bevölkerung?**

## 5. Ausblick

Das Westliche Ruhrgebiet ist von der sinkenden Bevölkerungsentwicklung besonders betroffen. Die Überalterung ist – auch in den Kreisen Wesel und Kleve – nicht von der Hand zu weisen. Es ist „Fünf vor 12“. Was droht? In den kreisfreien Städten des „Westlichen Ruhrgebiets“ werden ganze Straßenzüge, vielleicht sogar Stadtbezirke, veröden oder zu sozialen Pulverfässern. Die vorhandene Infrastruktur wird umfunktioniert werden müssen, vielleicht sogar brachliegen. Die Kaufkraft in den Städten sinkt. Qualifizierte Arbeitskräfte werden in einigen Branchen Mangelware oder pendeln nur noch aus den Umlandgemeinden ein – mit entsprechenden Folgen für den Verkehr. Unternehmen wandern aufgrund sinkender Nachfrage ab. Eine Kostenspirale und negative Sogwirkung für die Kommunen ohne Ende?

**Ausbluten der Städte?**

Auf der anderen Seite wird in den Umlandgemeinden Freiraum vernichtet, Infrastruktur, die in einigen Jahren nicht mehr gebraucht wird, zementiert, vorhandene Infrastruktur in den Städten nicht genutzt. Die Kreise werden trotzdem zum „Seniorenheim“ mit entsprechenden Folgen.

**Seniorenpark?**

Ein übertriebenes Horrorszenario?

Die Regionalplanung weist nicht nur seit Jahren auf die Probleme hin, die mit einer zunehmenden Suburbanisierung bei sinkender Bevölkerungszahl verbunden sind. Durch die Gebietsentwicklungsplanung wurden und werden erfolgreich Weichen zur Eindämmung der Stadt - Umlandwanderung gestellt. Allerdings muss konstatiert werden, dass ein Teil der kreisfreien Städte des Westlichen Ruhrgebiets in der Vergangenheit nicht genug getan hat, um die Einwohner zu halten bzw. „Neubürger“ anzuziehen.

**Regionalplanung stellt sich den Herausforderungen**

Um fallenden Geburtenzahlen entgegenzuwirken, bedarf es unbestritten eines Maßnahmebündels auf Bundes-, Landes-, regionaler- und kommunaler Ebene. Sterbeüberschüsse sind Fakt. Trotzdem bleibt den Kommunen ausreichend Spielraum zum Handeln. Es erscheint unverständlich, dass – wider besseren Wissens - neue Gewerbegebiete gefordert, Einzelhandelsprojekte auf der „Grünen Wiese“ geplant und Freiraum zerstört wird, um nur wenige Beispiele zu nennen.

**Das „alte Lied“:**

Eine intensivere Kooperation, insbesondere der Ruhrgebietsstädte untereinander, ist unausweichlich. Ein regionaler Mut zum Rückzug aus der Fläche, zur Auseinandersetzung mit der Schrumpfung geboten. Die Neuausrichtung der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik mit den neu konstituierten Lenkungsorganen, in denen die relevanten Arbeitsmarktakteure zusammenfinden, bietet zumindest in Punkto zukünftiger Arbeitsmarktentwicklung einen Lösungsansatz.

**Kooperation statt Konfrontation**

Die demografische Entwicklung kann nicht umgedreht werden. Sich den Herausforderungen gemeinsam zu stellen ist unbestritten effektiver als Handeln nach dem Sankt – Florians – Prinzip : “Verschon´ meine Stadt, zünd´ andere an“.

Die Bezirksregierung Düsseldorf jedenfalls wird sich weiterhin mit allen Kräften dafür einsetzen, dass die dargestellten Szenarien nicht zum realen Albtraum werden.

## Grafiken und Tabellen im Textteil

	<b>Seite</b>
<b>Grafik 1:</b> Bevölkerungsprognose 1.1.2002 bis 1.1.2020 in NRW, dem Regierungsbezirk Düsseldorf (RBD) und den kreisfreien Städte und Kreisen RBD; Index 2002=100	1
<b>Grafik 2:</b> Lebensbaum 2002 und 2020 RBD und „Westliches Ruhrgebiet“ im Vergleich (im Anhang Duisburg, Essen, Mülheim, Oberhausen und Kreise Kleve und Wesel)	3
<b>Grafik 3:</b> Entwicklung der Bevölkerung bis 2020 in der Altersgruppe 65 Jahre und älter Duisburg, Essen, Mülheim, Oberhausen und Kreis Wesel (Verflechtungsregion „Westliches Ruhrgebiet“); Index 2002=100	4
<b>Grafik 4:</b> Entwicklung ausgesuchter Altersgruppen der <b>Stadt Essen</b> 2002 bis 2020; Index 2002=100	5
<b>Grafik 5:</b> Entwicklung ausgesuchter Altersgruppen der <b>Stadt Mülheim an der Ruhr</b> 2002 bis 2020; Index 2002=100	7
<b>Grafik 6:</b> Entwicklung ausgesuchter Altersgruppen des <b>Kreises Wesel</b> 2002 bis 2020; Index 2002=100	9
 <b>Tabelle 2</b> Arbeitslosigkeit im „Westlichen Ruhrgebiet“ - Stand: September 2004	 18

## Grafiken und Tabellen im Anhang

<b>Grafik A</b> Bevölkerungsprognose 1.1.2002 bis 2020 in Städten und Kreis Wesel des „Ruhrgebiets West“ sowie Kreis Kleve	
<b>Grafik B</b> Entwicklung der Bevölkerung bis 2020 in der Altersgruppe bis unter 19 Jahre	
<b>Grafik C</b> Entwicklung ausgesuchter Altersgruppen 2002 bis 2020 <b>Stadt Oberhausen</b> ; Index 2002=100	
<b>Grafik D</b> Entwicklung ausgesuchter Altersgruppen 2002 bis 2020 <b>Stadt Duisburg</b> ; Index 2002=100	
<b>Grafik E</b> Entwicklung ausgesuchter Altersgruppen 2002 bis 2020 <b>Kreis Kleve</b> ; Index 2002=100	
<b>Grafik F bis K</b> Lebensbaum 2002 und 2020 Duisburg, Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Kreis Wesel und Kreis Kleve	
 <b>Tabelle 1</b> Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im „Westlichen Ruhrgebiet“	

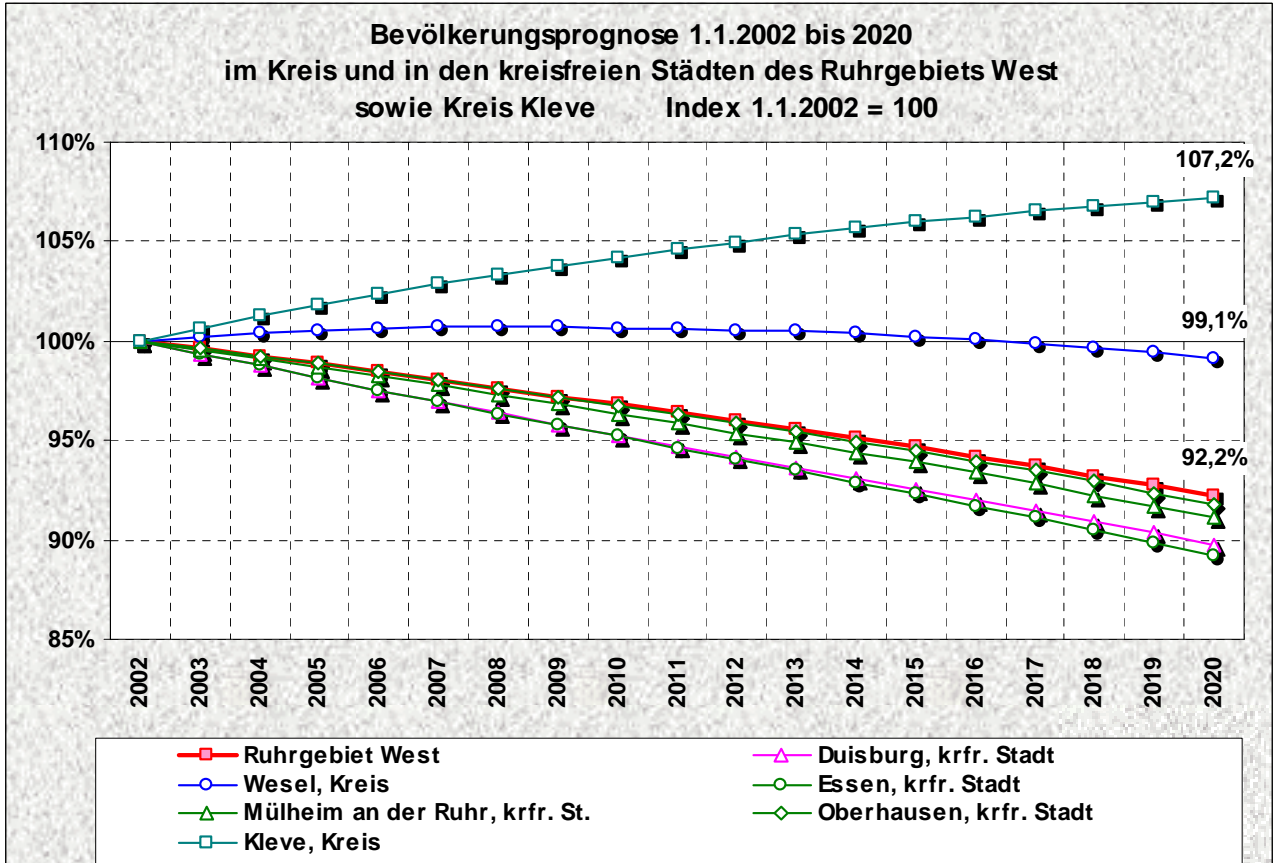
\*\*\*\*\*

## **Anhang**



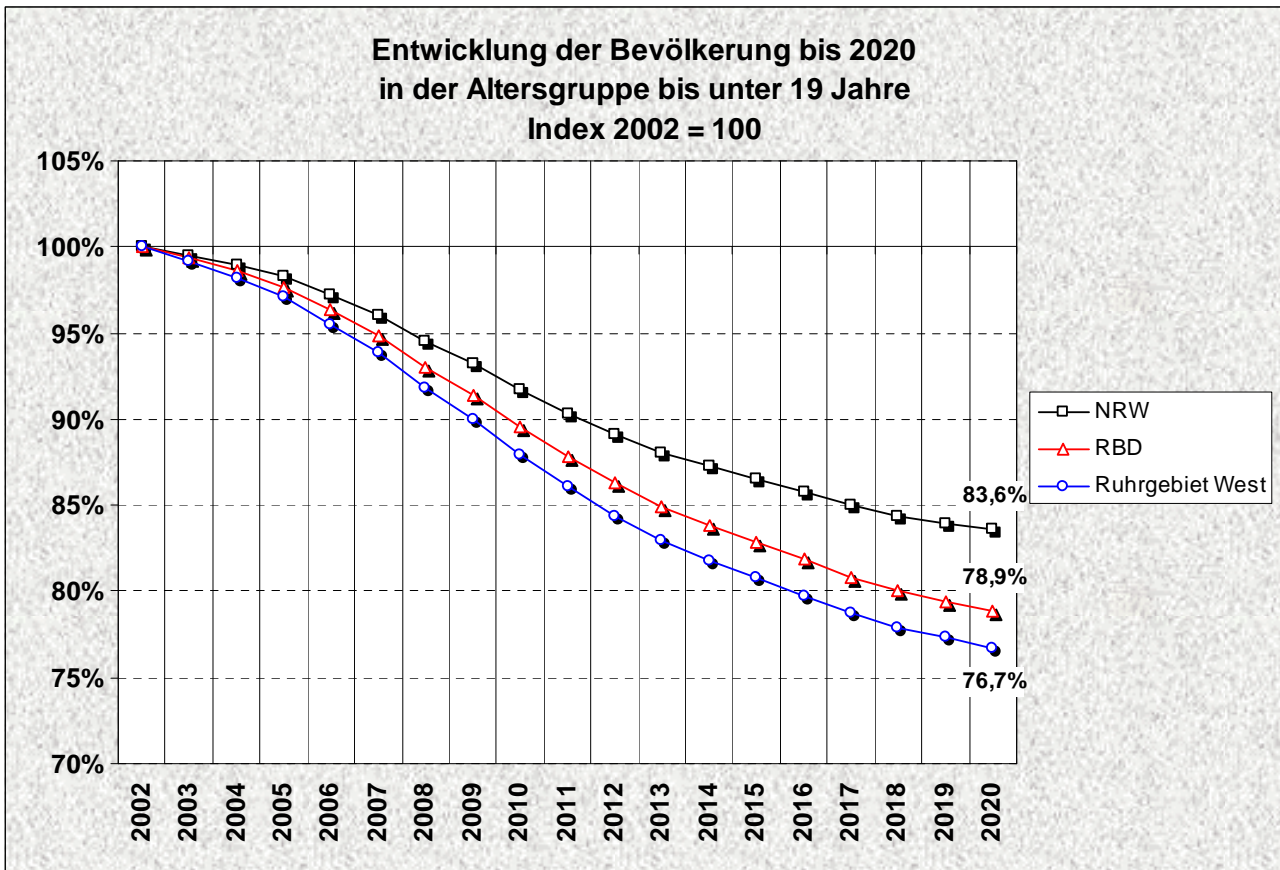
**Grafik A**

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS)

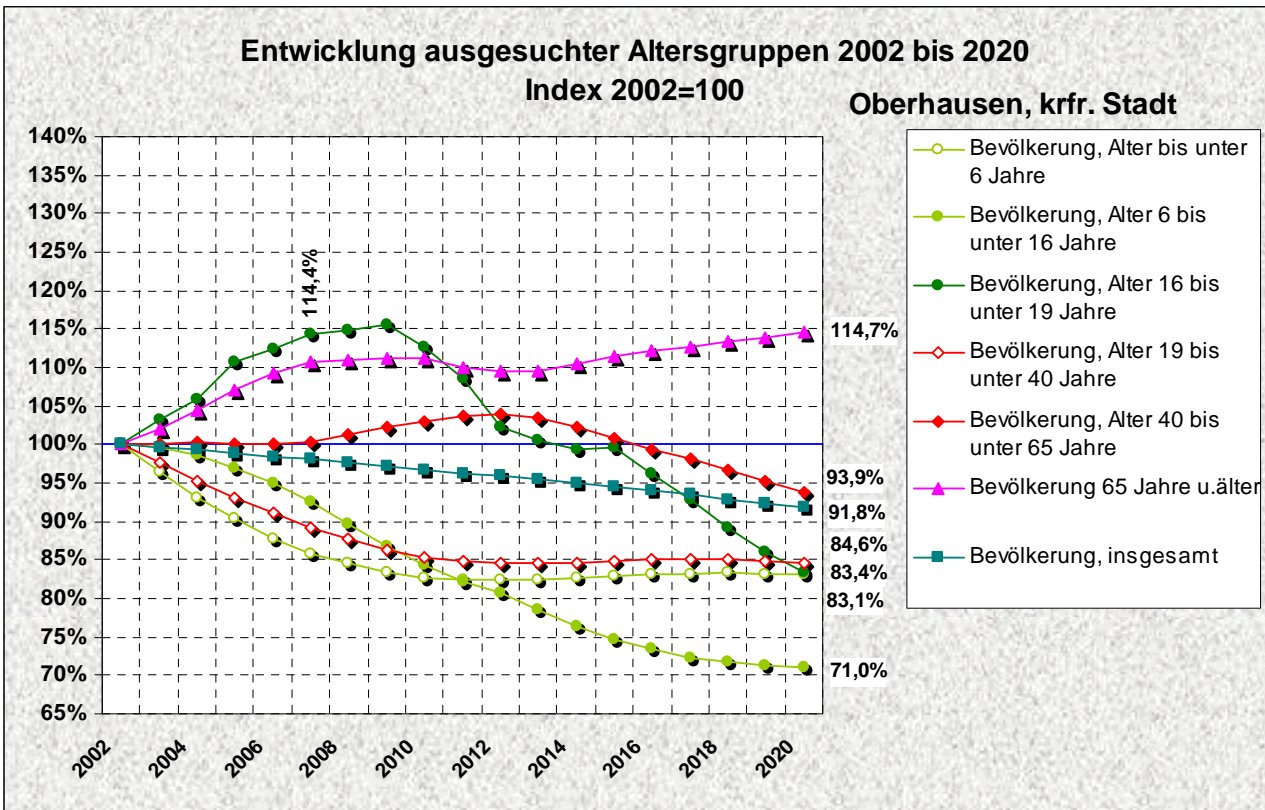


**Grafik B**

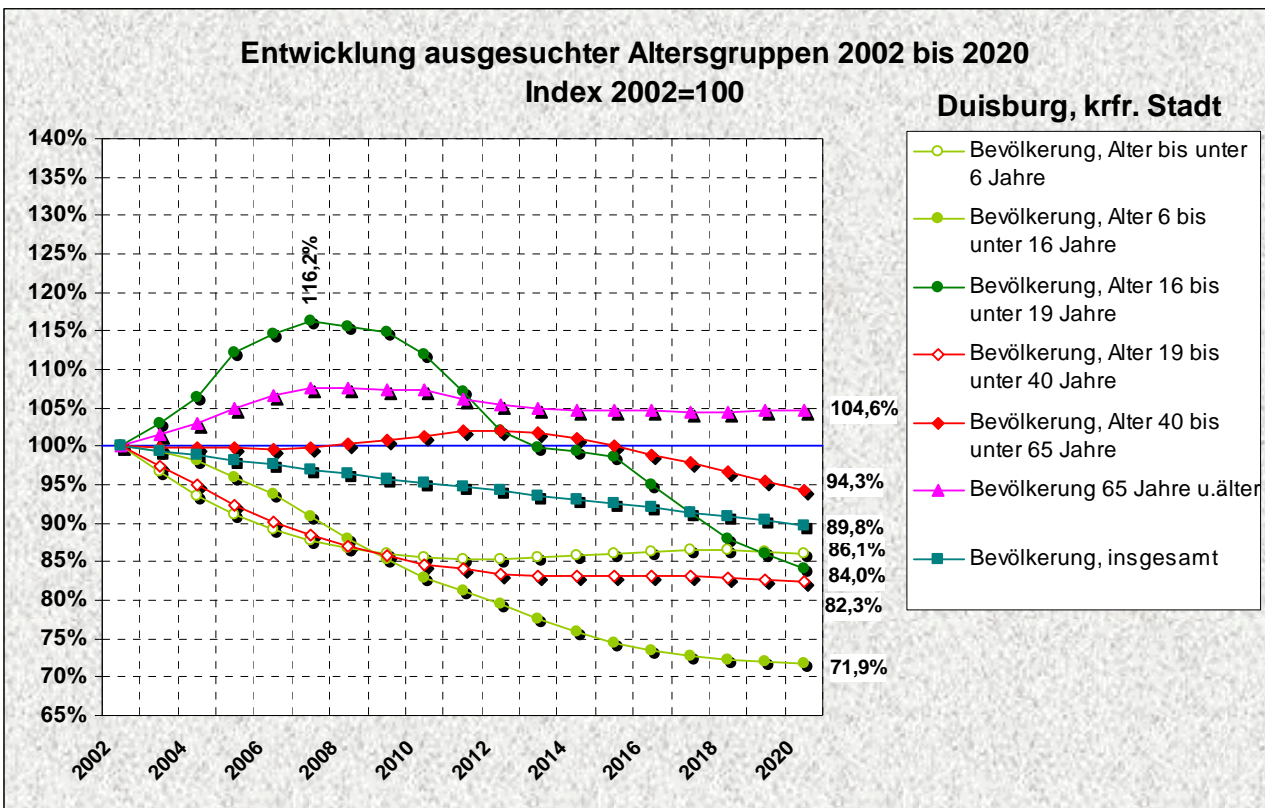
Quelle: LDS NRW



**Grafik C**  
Quelle: LDS NRW

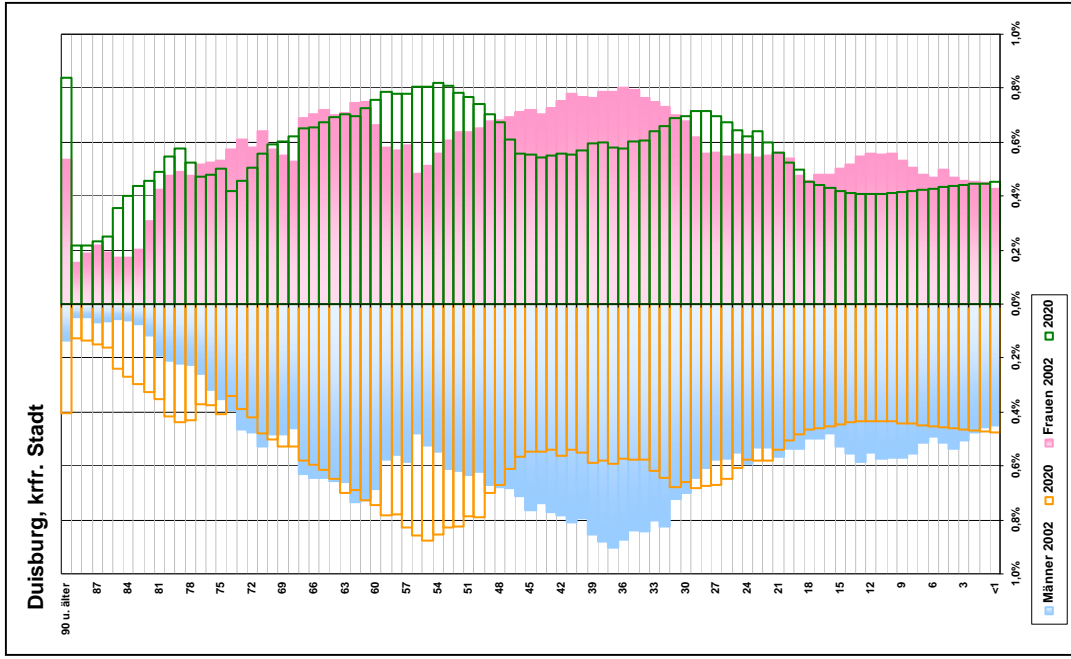


**Grafik D**  
Quelle: LDS NRW

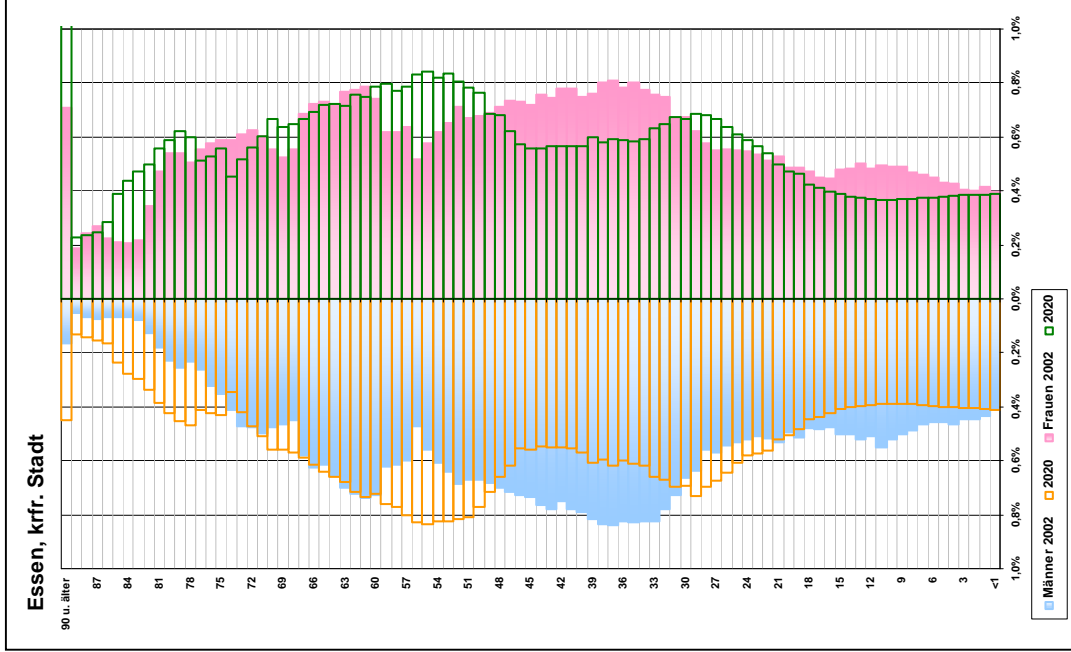




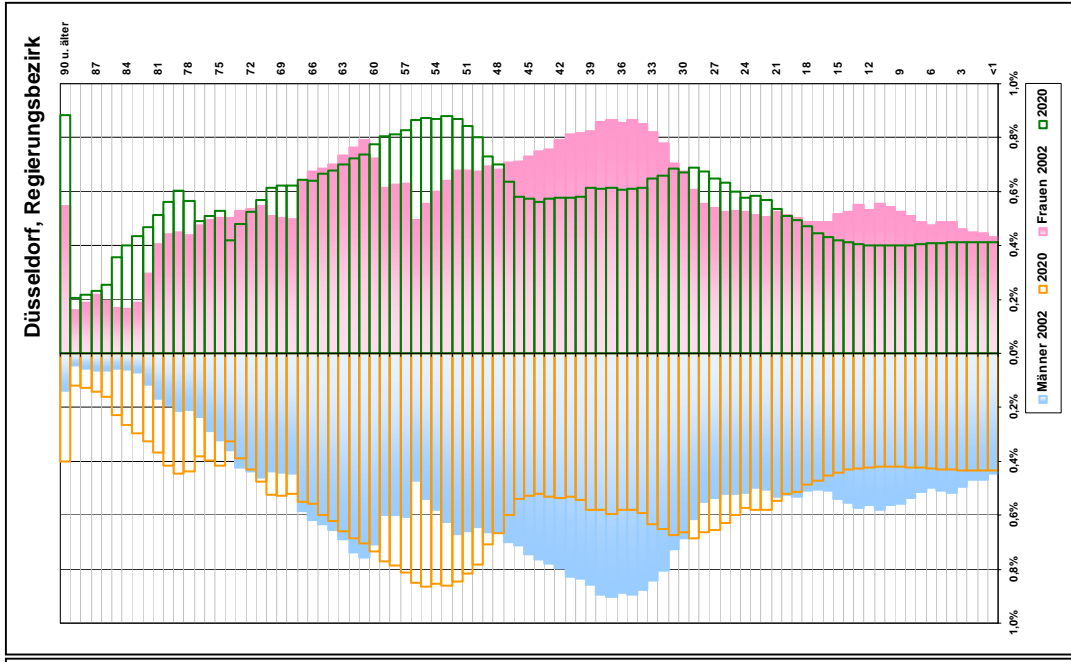
**Grafik F**  
Quelle: LDS NRW



**Grafik G**



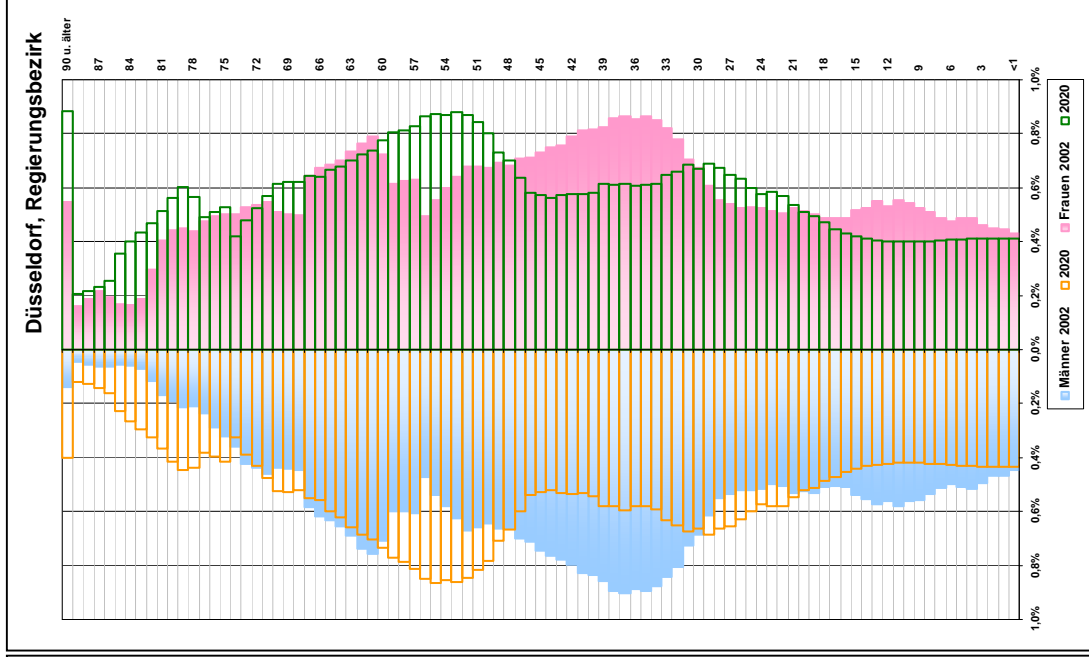
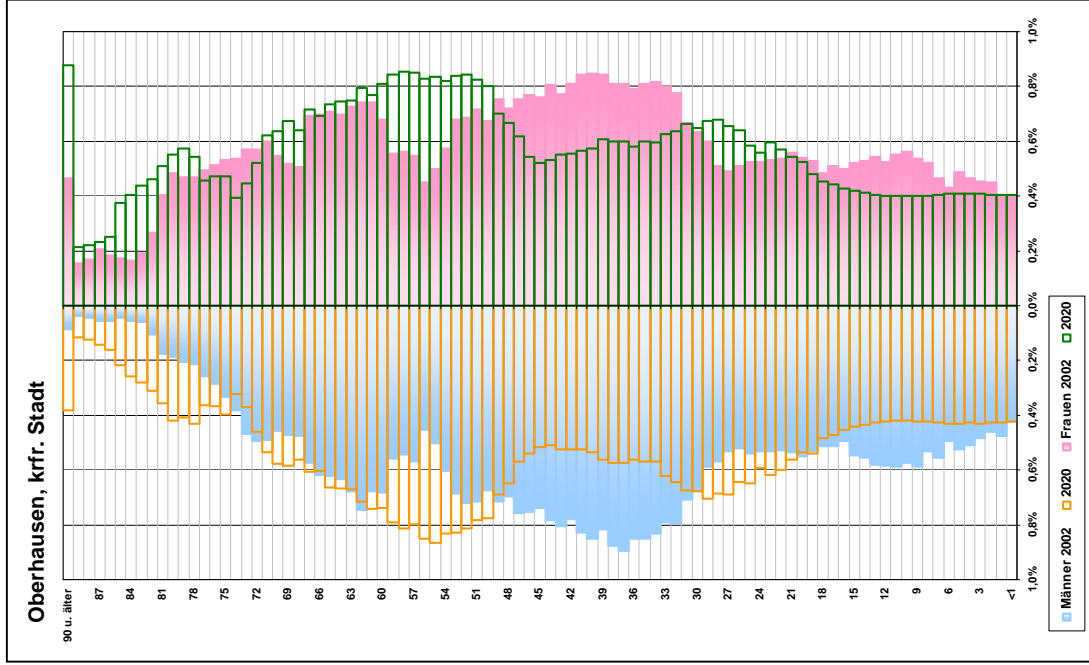
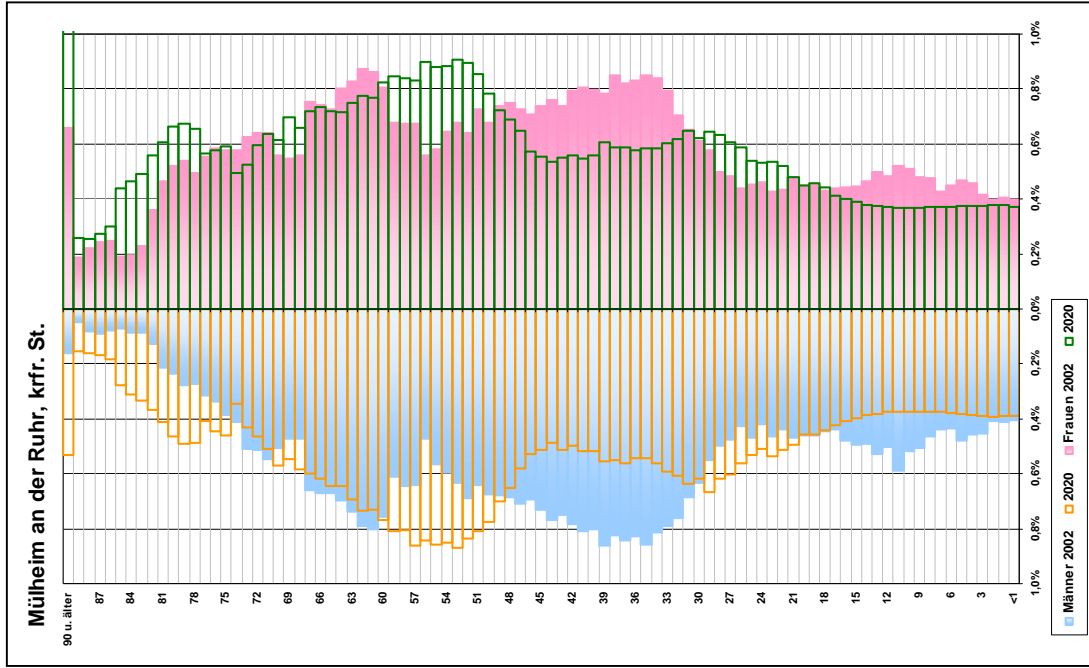
**zum Vergleich**



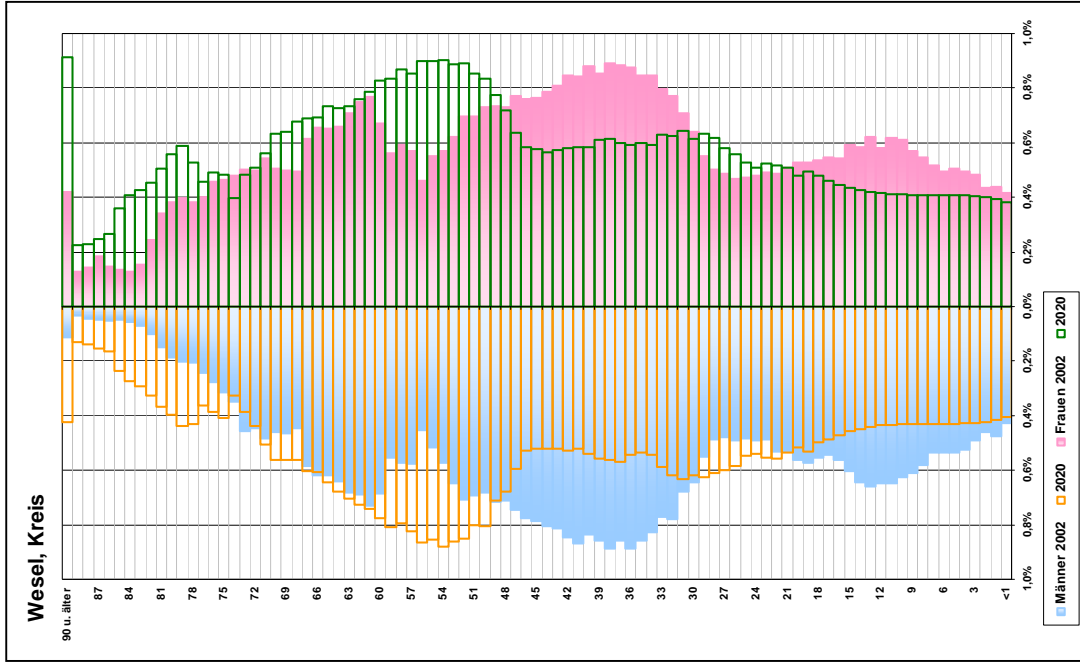
**Grafik H**  
Quelle: LDS NRW

**Grafik I**

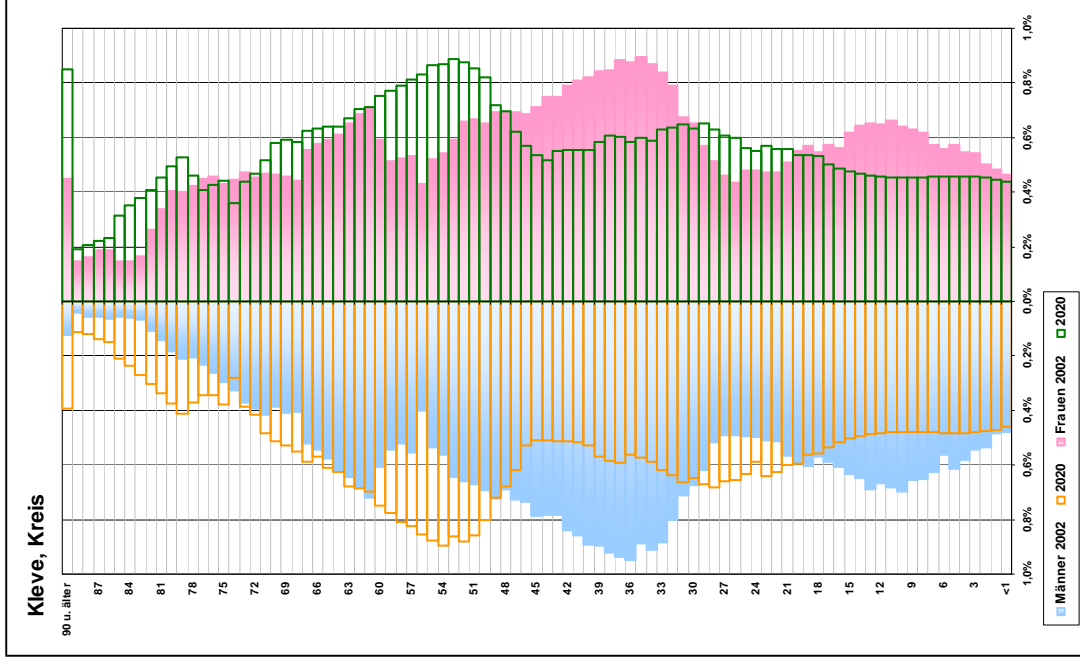
zum Vergleich



**Grafik J**  
Quelle: LDS NRW



**Grafik K**



**zum Vergleich**

